

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



Demonstration in Tel Aviv gegen die israelischen Angriffe auf den Libanon

- *Wird Israel zum Bauer auf dem Schlachtfeld der Nato? – Seite 4*
- *Sudetendeutsche Landsmannschaft gegen Prag-Besuch Stoibers – Seite 7*
- *DGB Berlin kritisiert Arbeitsmarktpolitik und ihre Folgen – Seite 12*
- *Tarifkampf Marburger Bund: Konkurrenz auf Biegen und Brechen? – Seite 16*
- *Fußball und Rassismus – Seite 18*

Ausgabe Nr. 15-16 am 27. Juli 2006, Preis 1,80 €

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier allerLänder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - **Alfred Küstler**, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €. Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Zahl der Einbürgerungen nimmt ständig ab

Handelsblatt, 21.7. rüL. Die Zahl der Einbürgerungen ist im letzten Jahr zum siebten Mal in Folge zurückgegangen. Nur noch 117.240 Personen erhielten 2005 die deutsche Staatsbürgerschaft, das ist ein Rückgang um fast 8 Prozent gegenüber 2004 und die niedrigste Zahl seit 1998. Etwa zwei Drittel der Einbürgerungen erfolgte nach § 10 Abs. 1 des Staatsangehörigkeitsgesetz. Dieser Paragraf verlangt einen mindestens achtjährigen rechtmäßigen Aufenthalt in Deutschland und einen „verfestigten Aufenthaltsstatus“. Hinzu kommen Sprachprüfung, Überprüfung durch den Verfassungsschutz und hohe Gebühren. Im europäischen Vergleich zählt die Bundesrepublik durch diese Hürden schon lange zu den Ländern mit der niedrigsten „Einbürgerungsrate“. Tatsächlich würde es, wenn die Einbürgerungszahlen in Zukunft so niedrig bleiben wie 2005, fast 70 Jahre dauern, bis die 7,3 Millionen laut Statistischem Bundesamt hier lebenden „Ausländer“ alle deutsche Staatsbürger sind. Für Grüne und Linkspartei sind die Zahlen deshalb ein Zeichen für gescheiterte Integrationspolitik.

Ex-Verfassungsrichter kritisiert Kopftuchverbot

Süddeutsche Zeitung, 17.6. alk. Heribert Prantl, Redakteur der Süddeutschen Zeitung, hat den ehemaligen Verfassungsrichter (1983 bis 1996) Ernst-Wolfgang Böckenförde zum Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart befragt, das einer muslimischen Lehrerin das Kopftuchtragen im Unterricht trotz gegenteiligen Gesetzes erlaubt (siehe *Politische Berichte* Nr. 14, S. 2). Böckenförde, Anhänger der katholischen Religion, sieht im Gegensatz zu Frau Schavan, ebenfalls bekennende Katholikin, viele Gründe, auch in seiner Religion liegende, das Kopftuch im Schulunterricht zu tolerieren. Während Frau Schavan aus politischen Gründen den Islam bekämpft, sieht der Ex-Verfassungsrichter Risiken für die Rechtsordnung und die Religionsausübung generell. Er führte unter anderem aus:

„SZ: Gleichbehandlung heißt Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandeln. Warum muss eine zugewanderte Religion, die nur die Minderheit der Bevölkerung angehört, genauso behandelt werden wie die in Geschichte und Traditionen des Landes verwurzelten Religionen?“

Böckenförde: Weil das Grundgesetz nicht zwischen privilegierten und weniger privilegierten Religionen unterscheidet. Auf der Grundlage der Religionsfreiheit als Menschenrecht gilt das

Gebot strikter Gleichbehandlung aller Glaubensgemeinschaften.

SZ: Wird die Kopftuch-Causa in anderen Bundesländern besser geregelt?

Böckenförde: Nein. Baden-Württemberg ist vorangegangen, andere Länder haben das im Wesentlichen übernommen. Das ist ein Trend und der wird, fürchte ich, anhalten und zur Verdrängung der Offenheit für Religion in der Schule führen: Der Gesetzgeber kann das Nonnenhabit nicht erlauben, aber das muslimische Kopftuch generell untersagen. Die Ordenstracht ist ja nicht, wie Frau Schavan einmal gemeint hat, eine Berufskleidung, sondern Ausdruck dessen, dass man sein Leben Gott geweiht hat ... Wenn schon das Nonnenhabit als Ausdruck einer so intensiven religiösen Einstellung und Gesinnung an der Schule allgemein zugelassen ist, dann kann etwas, dessen religiöser Bezug weniger intensiv ist, also das Kopftuch, nicht generell verboten werden. Es gilt die Erst-recht-Logik.

Gewiss muss die Religionsausübung sozialverträglich sein. Aber das darf nicht zum Anlass genommen werden, andere Religionen auszuschließen oder zu diskriminieren. Sie müssen sozusagen hineinintegriert werden in eine christlich geprägte Kultur. Natürlich kann ich erwarten, dass muslimische Mitbürger keinen Anstoß nehmen an den Wegekreuzen, die wir hier überall finden. Sie sind Ausdruck der Prägung unserer Kultur. Gott sei Dank ist ja auch die katholische Kirche, die sich lange schwer getan hat mit der Religionsfreiheit, jetzt zu ihrem konsequenten Verfechter geworden, und der verstorbene Papst Johannes Paul II. hat ja auch ausdrücklich ein Plädoyer für den offenen neutralen Staat gehalten. Und zwar eben als Ausdruck dessen, dass die Religionsfreiheit ein Menschenrecht ist und der Staat dafür sorgen müsse, dass jede Glaubensüberzeugung sich privat und öffentlich entfalten könne innerhalb der Ordnung des Zusammenlebens.

Nach der vollen Anerkennung der Religionsfreiheit auch durch die christlichen Kirchen gehört es mit zu deren Glaubensinhalt, dass man den anderen dies zuerkennt: Sie sollen Gott in der Weise verehren können, wie das ihrem Glauben entspricht.

Die größere Gefährdung sehe ich, wenn wir uns auf den Weg in die Laizität begeben. Auch deshalb trete ich für das Recht einer muslimischen Lehrerin ein, das Kopftuch zu tragen, wenn sich damit keine Indoktrination oder Suggestion verbindet, was wesentlich von der Person der Trägerin abhängt. Beim Weg in die Laizität wird sonst auch unsere christliche Religion ins Private abgedrängt.

In der Tat, das Kopftuch einer musli-

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

mischen Lehrerin, die diese gemeinsame Ordnung anerkennt und sich entsprechend verhält, ist ein Stück Integration, nicht Desintegration. Die oftmals berufene auch politische Wahrnehmung oder Komponente des islamischen Kopftuchs steht dem nicht entgegen. Abgesehen davon, dass diese zum Teil erst medial herbeigeführt und hochgepuscht wird, widerlegt jede Kopftuchtragende muslimische Lehrerin, die selbstständig und eigenverantwortlich ihren Beruf ausübt, durch sich selbst die Vorstellung von der im Islam unterdrückten Frau.“

Ölpreise: Wirtschaft verlangt „Suchtbekämpfung“

Handelsblatt, 21.7. rüL Die ständig weiter steigenden Öl- und Gaspreise führen auch in Wirtschaftskreisen zu zunehmenden Forderungen nach einer neuen Energiepolitik. Das „Handelsblatt“ lässt deshalb in seiner Wochenendausgabe den Direktor und den Energieexperten der regierungsnahen „Stiftung Wissenschaft und Politik“ mit der Forderung nach „Suchtbekämpfung“ zu Wort kommen. „Die Ressource Öl ist zu kostbar, um sie in Automotoren zu verbrennen“, ist ihre Hauptthese. „Die Industriestaaten sollten deshalb spätestens beim nächsten G-8-Gipfel beschließen, etwa ab 2025 keine ölgetriebenen Neuwagen mehr zuzulassen. Das wäre keine Entscheidung gegen den Individualverkehr, sondern eine gegen die Verschwendungen der knappen Ressource Öl, die für die Produktveredelung (Kunststoffe) benötigt wird. Die Politik sollte keine bestimmte Technologie privilegieren, sondern der Automobilwirtschaft die Chance geben, an alternativen Treibstoffen (Biodiesel, Ethanol, Wasserstoff) zu arbeiten.“ Ähnliche Forderungen hatte die chinesische Regierung bereits vor knapp zwei Jahren an westliche Autokonzerne gestellt, sie verlangte die Entwicklung von Motoren der „Nach-Otto- und -Diesel-Generation“, da mit herkömmlichen Verbrennungsmotoren eine „Automobilisierung Chinas“ nicht möglich sei. Die schwedische Regierung will bereits bis 2020 die komplette Energieversorgung – inkl. Verkehr – vom Öl unabhängig machen.

DGB fordert einen „ehrlichen“ zweiten Arbeitsmarkt

www.dgb.de, 17.6. alk. Fast alle Experten sagen, dass der Vorschlag des Arbeitsministers Franz Müntefering zu staatlich finanzierten Kombilöhnen nichts bringen wird, denn das, was er vorschlägt, gibt es längst und wird kaum genutzt. So erhalten derzeit lediglich rund 5000 Ältere eine sogenannte Entgeltsicherung, also einen Zuschuss, der die Differenz zum letzten Nettogehalt teilweise ausgleicht. Allenfalls könnte



Panzer sagen mehr als Worte

Süddeutsche Zeitung, 25.7. maf. Die US-Army ersetzt zur Zeit die schwere Panzerdivision, die in Vilseck (Nordostbayern, Truppenübungsplatz Grafenwöhr) stationiert gewesen war, (Bild links, im Einsatz im Irak) durch eine mit 8-Rad-Panzern des Typs Stryker ausgerüstete Brigade. (Bild rechts, Süddeutsche Zeitung, 22.7.) Derartige Waffensysteme wurden laut www.nationaldefensemagazine.org (2001) entwickelt, um in städtischen Bereichen zu kämpfen, die für die Soldaten besonders schwierig sind, weil sie für Kriege in der Wüste oder in weit offenem Gelände ausgebildet werden. Im Krieg in der Stadt benötigen die Soldaten Sensoren, die gute von schlechten Signalen trennen können, z.B. feindliche Funksignale von denen Verbündeter. – Der Abzug der schweren Kampfpanzer unterstreicht, dass die Nato in Mittel- und Mittelosteuropa Kampfhandlungen mit Armeen einstweilen nicht mehr erwartet. Die nun stationierten Stryker eignen sich vorzüglich dazu, städtische Ballungsräume militärisch zu dominieren, besonders wenn Lufthoheit vorausgesetzt werden kann. Sie können durch elektronische Mittel im unübersichtlichen Gelände der Stadt platziert und geführt werden. Sie können die Mobilität, den Pulsschlag der modernen Metropole, mit relativ geringen Mitteln unterbinden, Ausgangssperren durchsetzen usw. Bereits die Entwicklung eines solchen Waffensystems setzt Ausnahmezustand, die Aufhebung der zivilgesellschaftlichen Ordnung gedanklich voraus.

es noch einige „Mitnahmeeffekte“ geben, dass Firmen ältere Beschäftigte entlassen und dann mit Zuschuss wieder beschäftigen.

Ähnlich den Sozialverbänden (siehe *Politische Berichte* Nr. 14, Seite 12) hat jetzt auch der DGB ein Modell vorgestellt, mit dem ein größerer Kreis von Langzeitarbeitslosen in (subventionierte) sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen käme.

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach fordert einen „ehrlichen zweiten Arbeitsmarkt“. Der Staat soll Beschäftigung über mehrere Jahre fördern: Insbesondere im gemeinnützigen Bereich und vor allem für ältere Langzeitarbeitslose und gesundheitlich Angeschlagene, bei denen eine Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt unwahrscheinlich ist.

Buntenbach zufolge, würde es sich lohnen, künftig nicht mehr so stark auf „kurzatmige“ Ein-Euro-Jobs oder auf wenige Monate befristete ABM zu setzen. Staatlich geförderte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sei für die öffentliche Hand „insgesamt kaum teurer, teilweise sogar günstiger“ als Ein-Euro-Jobs. Berechnungen des DGB zufolge verursacht ein alleinstehender Ein-Euro-Jobber Gesamtkosten von 1.419 Euro im Monat (inklusive Arbeitslosengeld II). Eine geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist mit 1.543 Euro nur unwesentlich teurer – aber wesentlich besser.

Um Konkurrenz mit privaten Unternehmen auszuschließen, sollten die geförderten Arbeitslosen im Non-Profit-

Bereich tätig werden: zum Beispiel bei der stundenweisen Betreuung von Kleinkindern auf Spielplätzen oder als Einkaufshilfe für ältere und kranke Menschen. Das ausführliche Papier ist über Internet abrufbar: www.dgb.de/themen/themen_a_z/abisz_doks/o/oeff_gef_beschaeftigung.pdf.

SPD-Fraktion für gesetzlichen Mindestlohn

www.ngg.net, 24.7. alk. Die Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) verbreitet auf ihrer Webseite folgende Meldung: „Nach einem Hin und Her hat sich die SPD-Bundestagsfraktion Mitte Juli 2006 für ein zweistufiges System von Mindestlöhnen entschieden. Ein entsprechender Vorschlag soll nach der Sommerpause vorgelegt werden. Danach soll der Staat überall dort, wo sich die Tarifpartner auf branchenweite Verdienstgrenzen einigen, diese für allgemeinverbindlich erklären. Zum anderen müsse, so Ludwig Stiegler, Leiter der zuständigen SPD-Arbeitsgruppe, „in jenen Segmenten des Arbeitsmarkts, in denen tarifliche Regeln nicht greifen, ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden“. Nur so lasse sich verhindern, dass in einem immer größeren Teil des Arbeitsmarkts die Löhne weit unter das Existenzminimum gedrückt werden.“

Wie hoch der Mindestlohn sein soll, wird nicht berichtet; auch nicht, ob dieser Mindestlohn dann bei für allgemein verbindlich erklärt Tarifverträgen eine Untergrenze darstellen soll.

Wird Israel zum Bauer auf dem Schlachtfeld der Nato?

Der bekannte israelische Soziologieprofessor und Friedensaktivist Zvi Schuldiner schrieb in einem Artikel der Schweizer Wochenzitung (WOZ, 20.7.): „Der kriminelle Angriff der Hisbollah auf Israel liefert der israelischen Führung einen ausgezeichneten Vorwand für einen Krieg, den seine Generäle seit langem wollen.“

In derselben Ausgabe antwortete die libanesische Professorin Amal Saad-Ghorayeb, Autorin eines Buches über „Hisbollah: Politik und Religion“, auf die Frage, ob die Hisbollah sich verkauliert und die israelische Reaktion unterschätzt habe: „Nein, das glaube ich nicht. Die Hisbollah wusste um alle Optionen und Konsequenzen der Entführung. Sie hat sich darauf vorbereitet. Ich bin überzeugt, dass ein israelischer Angriff ein Szenario ist, auf das die Hisbollah immer vorbereitet war. Am Freitag (14.7. – Verf.) hat sie ein israelisches Kriegsschiff angegriffen. So etwas ist keine Zufallsaktion. Es gab und gibt eine militärische Strategie. Misskalkulation oder Unterschätzung würde ich das nicht nennen.“ Auf die Frage, ob die israelische Regierung einen Plan habe, sagt die in Beirut lebende Politikwissenschaftlerin: „Die israelische Regierung ist, meiner Meinung nach, sehr schwach, und das ist gerade das Erschreckende. Schwache Regie-

rungen neigen dazu, mit den Muskeln zu spielen. Die israelische Regierung hat ihre mehr oder weniger spontane Militäraktion im Libanon lanciert, ohne wirklich eine Ahnung zu haben, worauf sie sich tatsächlich einlässt. Selbst politische Analysten in Israel beklagen das.“

Die Erklärungen scheinen sich zu widersprechen. Zvi Schuldiner geht davon aus, dass die Provokation der Hisbollah Israel ermöglichte, einen lang gehegten Plan umzusetzen; als Kriegsziele nennt er die Zerstörung eines unabhängigen Libanon und die Errichtung palästinensischer Bantustans unter israelischer Kontrolle. Ähnlich argumentiert auch Uri Avnery von Gush Shalom in seinem jüngsten Kommentar („Stoppt diese Scheiße“, ZNet, 18.7.).

Die libanesische Politikwissenschaftlerin dagegen sieht die Hisbollah, die in intensivier Koordination mit Hamas und dem Iran handele – einer Koordination, wie sie ihren Worten nach in dieser Intensität vorher nie existierte –, als ernsthafte Gefahr für Israel, die aus dem militärischen Konflikt gestärkt hervorgehen könne. Tatsächlich müssen sich diese Erklärungsversuche jedoch nicht widersprechen. Hisbollah hat Israel in die neue Konfrontation gelockt, und Israel schien auf die Gelegenheit geradezu gewartet zu haben.

Hintergrund: der gescheiterte Irak-Krieg

Die USA haben ihre Kriegsziele im Irak vollständig verfehlt. Ihr Ziel war es, mit der Zerschlagung des irakischen Baath-Regimes eine Perspektive für die politische Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens zu eröffnen. Ihre überlegene Militärmacht sollte das Regime Saddam Husseins niederwerfen, der militärische Sieg eine Modernisierung des Irak nach westlichem Vorbild erzwingen und damit einen Modernisierungsschub in der ganzen Region auslösen. Dieser gewaltsame Versuch ist so gründlich gescheitert, dass sich daraus die Schlussfolgerung ziehen lässt, dass eine Modernisierung, die nicht auf der Grundlage von Selbstbestimmung und Demokratie erfolgt, sondern mit Gewalt durchgesetzt werden soll, unmöglich ist.

Der Irak, der Jahrzehntelang durch eine brutale Staatskaste zusammengehalten wurde, zerfällt. Jede öffentliche Ordnung ist zerstört, die Strom- und Wasserversorgung funktioniert nicht, das Gesundheitswesen ist zusammengebrochen. Die Gesellschaft zerlegt sich nach archaischen Mustern in Familien, Stämme, Religionsgruppen, die sich befehden. Die Macht liegt bei Warlords, die zum Teil mit der Besatzung kollabieren, sie überwiegend aber bekämpfen. Das Land versinkt im Blut. Auch die Besatzungsmächte erleiden hohe Verluste. Immer mehr Verbündete haben ihre Soldaten zurückgezogen oder wollen sie zurückziehen. Die US-Truppen werden durch den anhaltenden Guerillakrieg und die aussichtslose Situation – ausichtslos im Hinblick auf das Ziel der Besatzung, deren Ende nicht absehbar ist – zermürbt wie auch die öffentliche Meinung in den USA.

Das wirkt auch auf den Krieg in Afghanistan. Die Nato schickt immer mehr Soldaten und verliert immer mehr die politische und militärische Kontrolle. Der Krieg, zu dieser Vorhersage gehört nicht viel, wird für die Nato-Mächte zunehmend verlustreich werden, auch wenn die Öffentlichkeit gegenwärtig wenig Kenntnis von den Entwicklungen nehmen will.

Angesichts dieser Lage mögen Hamas und Hisbollah mit ihrer offensichtlich koordinierten Provokation ihr Ziel darin sehen, Israel in den Gaza und in den Libanon zu locken und die israelischen Truppen dadurch dazu zu bringen, ihre Kräfte zu überdehnen, und sie so in einen ähnlichen Sumpf zu ziehen, in dem die USA im Irak stecken. Die Neue Zürcher (23.7.) sieht jedenfalls diese Gefahr für Israel und erklärt damit die zerstörerischen und vor allem die libanesischen Zivilbevölkerung treffenden Angriffe Israels: „Israel führt diesen Krieg gegen den Hizbullah bewusst mit asymmetrischer Härte, weil die schiitische Miliz allein durch Angriffe auf die eigenen Stellungen nicht zu besiegen ist, schwimmt sie doch wie ein Fisch im unruhigen



Rund 5000 Menschen demonstrierten nach Angaben von Gush Shalom am 22. Juli in Tel Aviv gegen die israelischen Angriffe auf den Libanon. Bild: Gush Shalom. In zahlreichen Städten der USA und in Europa beteiligten sich an diesem Tag Zehntausende an Anti-Kriegs-Demonstrationen. In Mönchengladbach beklagten mehrere hundert Menschen mit einem Trauerzug die Auslöschung einer Familie, die im Urlaub im Libanon war.



Zerstörung, Tod und Trauer in der libanesischen Hafenstadt Tyrus (links). Aber auch Israel hat viele Opfer zu beklagen, hier in Haifa.

Meer der libanesischen Innenpolitik. Israel versucht konsequenterweise, das Kalkül des Hizbullah zu unterlaufen, dass es in einen langwierigen und für eine Armee nicht zu gewinnenden Kleinkrieg verwickelt wird.“

Nichts spricht gegenwärtig jedoch dafür, dass Hisbollah auf diese Weise entscheidend zu schlagen ist, und es erscheint unwahrscheinlich, nach all den Erfahrungen des Jahrzehntelangen Nahost-Konflikts, dass Israel ernstlich davon ausgeht. Bei ähnlichen Anlässen hat Israel früher eine entsprechende Eskalation vermieden; so bombardierte die Armee im Januar/Februar 2000, als die Hisbollah sieben israelische Soldaten töteten, zwar drei Elektrizitätswerke, wobei 15 Zivilisten verwundet wurden, ging aber nicht weiter. 2004 ließ Israel gegen die sterblichen Überreste von drei israelischen Soldaten und die Freilassung eines israelischen Geschäftsmannes durch Hisbollah über 400 Gefangene frei. Warum ist Israel dieses Mal nicht in Verhandlungen über die Freilassung der entführten Soldaten eingetreten, sondern legt den Libanon in Schutt und Asche? Welches Ziel verfolgen Regierung und Militär mit der militärischen Eskalation?

„Greater Middle Ost“

Der Plan wird langsam erkennbar, und seine Urheber sitzen nicht nur und auch nicht in erster Linie in Israel, sondern in Washington, London, Berlin, Brüssel ... Es ist nötig, sich zu erinnern. Vor zweieinhalb Jahren setzte die US-Regierung eine Initiative „Greater Middle Ost“, „größerer Mittlerer Osten“ („von Marrakesch bis Bangladesh“) auf die Tagesordnung, sie war Thema u.a. auch der Münchner-Nato-Konferenz 2004, wo sie vor allem vom damaligen Außenminister Fischer (Grüne) verfochten wurde. Kern dieser Initiative, die Bush als „vorwärts gerichtete Strategie des Friedens für den Nahen und Mittleren Osten“ bezeichnete, war das Szenario eines gewaltigen, den ganzen Nahen und Mittleren Osten umfassenden Schlachtplanes, in dessen Mittelpunkt

die Nato rückt. Da die eigenen Kräfte der USA und ihrer engen Verbündeten schon im Irak nicht ausreichten, sollte die Nato auf den Plan treten und das Schlachtfeld ausgeweitet werden.¹

Aus dem US-Kongress gab es Aufforderungen, die Nato solle mit der „Planung für eine Rolle im israelisch-palästinensischen Konflikt“ beginnen, Zeitungen berichteten unter Berufung auf Diplomaten am Nato-Hauptquartier, die USA seien entschlossen, die Nato nicht nur in Irak, sondern im ganzen Nahen und Mittleren Osten einzusetzen. Schon auf dem Nato-Gipfel im Mai 2004 sollte über einen Nato-Einsatz in Irak entschieden werden. Das lief nicht nach Plan, weil Pläne selten eins zu eins umgesetzt werden (können). Zum Nato-Einsatz in Irak ist es nicht gekommen, die Initiative verschwand zunehmend aus der öffentlichen Diskussion. Aber sie verschwand nicht aus den Planungen der Regierungen und Stäbe, sondern wurde auf allen möglichen Wegen weiterverfolgt.

Im Februar 2005 besuchte erstmals ein Nato-Generalsekretär Israel. Bis dahin war das Verhältnis zwischen Israel und dem Militärbündnis, wenn auch nicht zu den einzelnen Mitgliedstaaten, eher kühl, auch wenn Israel am so genannten „Mittelmeerdialog“ der Nato teilnahm. Im März 2005 fand in israelischen Gewässern erstmals eine gemeinsame Marineübung Israels und der Nato statt. Im Mai 2005 trat Israel der Parlamentarischen Versammlung der Nato bei, und einen Monat später beteiligten sich israelische Truppen sowohl im Mittelmeer als auch in der Ukraine an Nato-Manövern.²

Im Februar 2006 konstatierte Ronald D. Asmus³ in der Washington Post (21.2.06) in Israel Anzeichen für ein wachsendes Interesse am Ausbau der Beziehungen zur Nato. Er berichtete von Gesprächen mit israelischen Vertretern, die zwei Optionen für den Nato Beitritt Israels vertraten: ein Friedensvertrag mit den Palästinensern (in diesem Zusammenhang könne der Nato-Beitritt ein Schlüsselement für die

Gewinnung der öffentlichen Meinung in Israel darstellen) oder die Verschärfung des Konflikts mit Iran. Das zweite Szenario sei nun eingetreten, schreibt Asmus, und es sei keine Zeit mehr für „politische Korrektheit“.

Unmittelbar geht es zwar nicht um den Beitritt Israels zur Nato, aber um den Einsatz der Nato im Nahost-Konflikt.⁴ Zunächst fühlten untere Ebenen vor: So schlug Regierungsberater Nathanson im Deutschland-Radio ein „Nato-Engagement“ vor, und der israelische Botschafter in Deutschland Stein verglich die Situation im Libanon mit der in Afghanistan und forderten eine Aktion unter Nato-Kommando nach dem Vorbild des Einsatzes in Afghanistan (Netzeitung 21.7.). Inzwischen hat sich, nach den Gesprächen mit dem deutschen Außenminister Steinmeier, die israelische Regierung für eine „Nato-Schutztruppe“ oder eine von EU und Nato gestellte „Friedenstruppe“ im Südlibanon. Eine UNO-Truppe lehnt Israel ab.

Unter diesem Blickwinkel nimmt die Eskalation des Krieges im Libanon noch bedrohlichere Züge an, als sie ohnehin schon hat. Der Nahe Osten droht zum Einsatzort der Nato zu werden, der Libanon zum Ausgangspunkt einer neuen Front, die sich gegen Syrien richtet. Aber schließlich würde der Nahe Osten zum Nato-Aufmarschgebiet gegen den Iran. Die Gefahr, dass der Krieg gegen Afghanistan und Irak und der Nahost-Konflikt in einen großen Krieg zwischen dem Westen und der islamischen Welt übergehen, nimmt Gestalt an. Ausmaß, Dauer und Ausgang eines solchen Krieges sind unabsehbar.

Israel droht zum Bauer auf diesem Schlachtfeld der Nato zu werden. Yitzak Laor schrieb in der israelischen Zeitung Ha'aretz: „Der Direktor des Büros des amerikanisch-jüdischen Komitees für Israel/Nahen Osten, Eran Lerman, empfiehlt schon den nächsten Krieg gegen Syrien. Jeder, der den Reden über die Notwendigkeit zuhört, Syrien ... anzugreifen, dem wird bewusst, dass für diese Leute ‚Strategie‘ nur bedeutet, den

Rahmen der Kriegshandlungen auszunehmen ... Was Israels 'Strategen' anzubieten haben, ist die Zerstörung eines weiteren Landes ... lassen wir den Horror beiseite, der vor unseren Augen und in unser aller Namen geschieht. Es genügt, die Verwüstung des Irak zu sehen und seine Folgen. Die Amerikaner haben nicht vor, in dieser Region zu leben - aber wir müssen hier leben.“ (ZNet 18.7.)

Türkei droht mit Besetzung des Nordirak

Die Eskalation im Libanon, die letztlich eine Folge des Irak-Krieges ist, verschärft einen weiteren Konflikt. Unter Berufung auf die Bombardierung des Libanon schickt sich die Nato-Macht Türkei an, mit mehreren zehntausend Soldaten weit in den Norden des Irak

einzufallen und weite Gebiete der Kurden zu besetzen. Die USA hätten, so heißt es, bisher „Grünes Licht“ verweigert, während der Iran seine „Zustimmung“ signalisiert habe. Der Iran wird sich von der weiteren Zerteilung des Irak Vorteile versprechen, vor allem die engere Abbindung des schiitischen Südens. Bei der Verfolgung des „Greater Middle East“ werden die USA nicht umhin kommen, der Türkei Zugeständnisse zu machen. Die weitere Auflösung von Grenzen und Zerschlagung einstmal souveräner Staaten im Nahen und Mittleren Osten zwischen dem Mittelmeer und Afghanistan schreitet voran.

SCC

1 Siehe dazu Politische Berichte 3/2004, Ein folgenreicher Plan nimmt Gestalt an: Nato-Einsatz verwandelt den Nahen Osten in ein einzi-

ges Schlachtfeld

2 Siehe dazu: Martin van Creveld, Die Nato, Israel und der Frieden im Nahen Osten, Nato-Brief, Winter 2005

3 Ronald D. Asmus ist leitender Wissenschaftler für transatlantische Studien beim German Marshall Fund of the United States, war zeitweilig Staatssekretär unter Clinton und hat verschiedene Funktionen als politischer Berater und in der Nato inne.

4 In Deutschland sind es wiederum die Grünen, die sich ähnlich wie bei der Debatte um „Greater Middle Ost“ auch in der Debatte um den Nato-Einsatz im Nahen Osten hervortun. Cohn-Bendit forderte, dass die Nato die Grenzen Israels sichern solle, und schlug Fischer als Sonderbeauftragten im Nahost-Konflikt vor. Der Vorsitzende der Heinrich-Böll-Stiftung Ralf Fücks forderte zu Beginn der gegenwärtigen Eskalation in einem ausführlichen Aufsatz den Nato-Beitritt Israels und die Nato-Treuehandschaft für „Frieden und Sicherheit“ im Nahen Osten.

„Jüdische Stimme: Wider die Kriegshandlungen Israels im Gazastreifen und in Libanon

In einer Auseinandersetzung mit dem Zentralrat der Juden, die wir hier nicht dokumentieren, nimmt die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ wie folgt Stellung (Auszüge aus einer Erklärung):

Die Angriffe der israelischen Armee gegen die Zivilbevölkerung, die Zerstörung von Elektrizitätswerken, Flughäfen, Brücken, Straßen und anderen Einrichtungen der lebensnotwendigen Infrastruktur sind unverhältnismäßig und inakzeptabel. Ohne die Intervention der Regierungen der internationalen Völkergemeinschaft drohen die gegenwärtigen Kriegshandlungen Israels zu einem Flächenbrand zu eskalieren, der die gesamte Region erfassen könnte. Noch ist es möglich, umzukehren. Noch kann ein Weg zu einem dauerhaften Frieden eröffnet werden.

Die Geschichte Israels und Palästinas belegt seit 1948 unmissverständlich: Ein dauerhafter Frieden kann durch Krieg und Zerstörung nicht erzielt werden. Jeder Waffengang brachte bisher nur Blutvergießen sowie den Verlust bitter benötigter Ressourcen. Das Ergebnis: Leid und Hass auf beiden Seiten. (...)

• Es ist an der Zeit, dass die Regierungen Europas alle politischen und wirtschaftlichen Mittel, einschließlich Sanktionen einleiten, um die israelische Regierung zu Verhandlungen mit der gewählten Regierung der Palästinenser zu bewegen.

• Es ist an der Zeit, dass die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die vorgibt, aus historischen Gründen eine besondere Verantwortung für die sechs Millionen in Israel lebenden Juden wahrnehmen zu wollen, konstruktive Beiträge zum jeweiligen Schutz sowohl der israelischen

als auch der palästinensischen Bevölkerung einleitet. Die stattdessen praktizierte Waffenbruderschaft mit der israelischen Armee, die Lieferung von Waffen zu Test- und Einsatzzwecken schürt das Feuer. Sie verstößt zudem gegen die Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland, die Waffenlieferungen in Kriegsgebiete aus eben diesem Grund strikt untersagt.

(...)

Der Aufbau der Vereinten Nationen nach der Niederschlagung der Naziherrschaft im Jahre 1945, die Verkündung der UN-Charta und das Regelwerk des Internationalen Rechts hatten von Anbeginn einen einzigen Zweck: Zu verhindern, dass ein Volk sich über ein anderes erhebt, es geringsschätzig behandelt, unterdrückt oder terrorisiert und sicher zu stellen, dass ein einzelner Staat die Territorialgrenzen des ihm zugeschriebenen Geltungsbereichs nicht eigenmächtig überschreiten oder gar einen Krieg gegen einen anderen Staat entfachen darf. Diese wichtigsten Errungenchaften der Menschheit werden nicht nur gefährdet, sondern regelrecht preisgegeben, wenn die internationale Gemeinschaft nicht umgehend einen Weg findet, Israel dazu zu bringen, alle bereits verabschiedeten UN-Resolutionen anzuerkennen, sich auf Verhandlungen mit der gewählten Regierung Palästinas einzulassen und auf einen Vertrag hinzuwirken, der die friedliche Koexistenz mit einem künftig an der Grenze Israels von 1967 zu errichtenden Staat Palästina sowie mit allen anderen Anrainerstaaten garantiert.

Die Jüdische Stimme, ist die deutsche Sektion der in zehn Nationen wirkenden European Jews for a Just Peace und versteht sich als Teil der internationalen Solidaritätsbewegung, die Palästina in seinem Kampf für Selbstbestimmung und die Widerstands- und Friedensbewegung in Israel unterstützt.

Quelle: www.juedische-stimme.de/index.htm

Aus der Linkspartei: Keine deutschen Blauhelme gegen Israel

Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion *DIE LINKE*, Gregor Gysi, hat sich gegen einen Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen einer möglichen UN-Friedenstruppe im Nahen Osten ausgesprochen. „Nach der millionenfachen Ermordung von Juden durch Deutsche dürfen unsere Soldaten weder zur Kontrolle eines fragilen Waffenstillstandes noch zur Friedenserzwingung Israel gegenüberstehen“, sagt Gysi in einem am Montag vorab veröffentlichten Interview der Zeitschrift Super Illu. „Die Beteiligung deutscher Soldaten als Blauhelme und erst recht in einer Kampftruppe verbietet sich von selbst. Auf Grund unserer Geschichte sollten wir der erste Kriegsdienstverweigerungsstaat werden“, fordert der PDS-Politiker.

Deutschland muss Flüchtlinge aus dem Libanon aufnehmen

Die Bundesregierung will verhindern, dass Flüchtlinge aus dem Libanon das EU-Festland betreten. Diese abwehrende Haltung bezeichnet die innenpolitische Sprecherin der Fraktion *DIE LINKE*, Ulla Jelpke, als skandalös. „Die Bundesregierung fordert Zypern unverblümt dazu auf, die Flüchtlinge auf der Insel zu internieren.“ Ein kleines Land wie Zypern sei mit der plötzlichen Ankunft von mehreren Zehntausend Flüchtlingen aber überfordert. „Die Bundesregierung ist immer schnell dabei, wenn es darum geht, Polizeikorps aufzustellen, um Flüchtlinge abzuwehren. Aber wenn es darum geht, diesen zu helfen, stellt sie sich stark.“ Die Linkspartei-Politikerin fordert die Bundesregierung auf, ihre „humanitäre Pflicht“ zu tun und „sofort“ Flüchtlinge aus dem Libanon aufzunehmen.

Quelle und weitere Stellungnahmen unter: www.sozialisten.de

Landsmannschaft gegen Prag-Besuch Stoibers

Die Christliche Union, insbesondere die CSU, investiert seit Jahrzehnten viel Geld und Kraft in die Pflege der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL). Sie tut das, weil diese Klientel und deren Umfeld einen beträchtlichen Anteil der bayerischen Wählerschaft ausmacht – vor allem aber, weil es für die Verfolgung bayerischer Außen- und christlichsozialer Vergangenheitspolitik kein nützlicheres Instrument gibt. Wie könnte man die Verbrechen der Nazis besser relativieren als durch die Behauptung, die Deutschen seien Opfer der „größten ethnischen Säuberung der Menschheitsgeschichte“ geworden? Und wäre Bernd Posselt im Europaparlament mehr als ein tragikomischer Held, wenn er nicht gleichzeitig Bundesvorsitzender der SL wäre und für seine Forderung nach einem „europäischen Volksgruppenrecht“ nicht das Schicksal der „sudetendeutschen Volksgruppe“ ins Feld führen könnte? Die Forderung – und die dahinter stehende Politik – dient dazu, geeignete Instrumente zu schaffen, um sich scheinbar rechtmäßig in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen und, unter Ausnutzung vorhandener und künstlich geschürter ethnischer Konflikte, in diese hineinzuregieren.

Manchmal gibt es höhere Interessen

Die SL erfreut sich also eines besonderen Artenschutzes, der sie vor dem Aussterben bewahrt. Manchmal muss aber auch sie hinter höheren Interessen zurückstehen. Das war beispielsweise 1996 der Fall, im Vorfeld der Deutsch-Tschechischen Erklärung, die nach langwierigen Verhandlungen schließlich am 21. Januar 1997 unterzeichnet wurde. Die Erklärung enthält einen Passus, in dem die beiden Regierungen die Absicht bekunden, dass sie „ihre Beziehungen nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen belasten werden“. Für die Kohl-Regierung bedeutete das hauptsächlich, dass sie – wie schon zuvor – von Staats wegen keine Entschädigungsforderungen gegenüber Tschechien für das enteignete Vermögen der umgesiedelten Sudetendeutschen erheben und auch individuelle Forderungen nicht unterstützen werde (auch wenn sie die genannten Vermögensfragen weiterhin als „selbstverständlich offen“ betrachtete). Die SL wurde vom damaligen Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) aufgefordert, die Vertretung individueller Entschädigungsansprüche als Vereinsziel aus ihrer Satzung zu streichen, andernfalls werde ihr die Anerkennung als gemeinnützige Organisa-

tion entzogen und der jährliche Milliardensegen aus dem Steuersäckel gestrichen. Zähneknirschend kam die SL-Führung dieser Forderung nach. Bei der Abstimmung im Bundestag stimmten dann zahlreiche Vertreter von SL und anderen Vertriebenenverbänden, die für die Union im Bundestag saßen, gegen die Erklärung, wohl wissend, dass sie trotzdem verabschiedet werden würde. Kurz darauf begannen die Aktivitäten, die später zur Gründung der Sudetendeutschen Initiative und der Preußischen Treuhand führten, Organisationen, die ihre Aufgabe darin sehen, Maßnahmen zur Durchsetzung von Vermögensansprüchen zu organisieren – und mit den Landsmannschaften angeblich gar nichts zu tun haben.

Stoiber muss nach Prag

Zurzeit spielt sich ein ähnlicher Konflikt zwischen CSU und SL ab: Bis zu den Bundestagswahlen 2005 bzw. der darauf folgenden Bildung der großen Koalition und dem plötzlichen Rückzug von CSU-Chef Edmund Stoiber aus Berlin hatte die SL-Führung gehofft, der bayerische Ministerpräsident und Schirmherr der „sudetendeutschen Volksgruppe“ werde neuer deutscher Außenminister werden. Dieser Hoffnung wurde in der „Sudetendeutschen Zeitung“ mehrfach Ausdruck gegeben, namentlich von SL-Chef Posselt. Die tschechische Regierung werde dann, so das Kalkül, den „Dialog mit den Sudetendeutschen“ nicht mehr mit dem Hinweis ablehnen können, ihr Verhandlungspartner sei ausschließlich die Bundesregierung.

Diese Hoffnung ist vorbei. Gleichzeitig kann Stoiber aber als bayerischer Ministerpräsident seine bisherige Linie, nur als „Moderator“ eines „direkten Dialogs“ zwischen der tschechischen Regierung und der „politischen Vertretung der sudetendeutschen Volksgruppe“ nach Prag zu fahren, nicht länger aufrechterhalten. Aus der eigenen Partei und aus Unternehmerkreisen sieht er sich mit der Forderung konfrontiert, im Interesse der Weiterentwicklung der bayerisch-tschechischen Wirtschaftsbeziehungen das Verhältnis zu Prag zu normalisieren – auch wenn das vielen SL-„Amtsträgern“ nicht gefällt. Diese müssen nämlich befürchten, dass ihr Anspruch, als Exilregierung einer angeblich weiterbestehenden „sudetendeutschen Volksgruppe“ mit 3,5 Millionen Angehörigen ein völkerrechtliches Subjekt darzustellen und, unabhängig von der Bundesregierung, völkerrechtlich verbindliche Verträge schließen zu können, dabei unter die Räder gerät.

Dem bisherigen tschechischen Premierminister Jiří Paroubek (ČSSD) blieb diese Sachlage natürlich nicht verborgen, höflich lud er Stoiber zu einem Treffen ein. Politisch angeschlagen und bedrängt von Rivalen in der eigenen Partei, blieb Stoiber gar nichts anderes übrig, als die Einladung anzunehmen.

SdT: Kritik von innen und außen

Der Sudetendeutsche Tag (SdT) 2006 stand im Zeichen dieses Konflikts. Für das traditionell zu Pfingsten stattfindende Großereignis wählte die Bundesversammlung der SL (nach eigenem Verständnis das „Exilparlament der sudetendeutschen Volksgruppe“) im November das Motto „Vertreibung ist Völkermord – Dem Recht auf die Heimat gehört die Zukunft“. „Selbst in den Jahren des Kalten Krieges war das Motto eines Sudetendeutschen Tages nie so aggressiv wie diesmal“, urteilte Martin Schulze Wessel, Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität München, Ko-Vorsitzender der Deutsch-Tschechischen Historikerkommission und Leiter des Collegium Carolinum, Forschungsstelle für die böhmischen Länder, die ihren Sitz direkt über der SL im Sudetendeutschen Haus in München hat. Und er fuhr fort: „Das Motto wird den deutsch-tschechischen Beziehungen schaden.“ Genau das war sein Zweck. Es sollte heftige Reaktionen in Prag auslösen, die Atmosphäre vergiften und es Stoiber als nicht ratsam erscheinen lassen, unter diesen Umständen nach Prag zu reisen. So ähnlich wie 2002, als der Streit über Äußerungen des tschechischen Premierministers Zeman dazu geführt hatte, dass Bundeskanzler Schröder seine geplante Pragreise absagte.

Kritik kam jedoch nicht nur von außen. Der SL-Bundesvorstand musste seine eigene zentrale Veranstaltung beim Sudetendeutschen Tag, die ursprünglich das Thema „60 Jahre Vertreibung“ haben sollte, in eine Podiumsdiskussion über das Motto umfunktionieren. Von den vier prominenten Podiumsteilnehmern, die dazu Stellung bezogen, äußerten sich drei ablehnend: der Armenier Mihran Dabag, Leiter des Zentrums für Genozidforschung an der Ruhruniversität Bochum (ansonsten Unterstützer der BdV-Pläne für ein Vertreibungszentrum in Berlin), Adolf Ullmann, Bundesvorsitzender der Ackermann-Gemeinde (katholische Gesinnungsgemeinschaft in der SL), und Albrecht Schläger (Generalsekretär des Sudetendeutschen Rates und Ko-Vorsitzender der Seliger-Gemeinde, der

Gesinnungsgemeinschaft sudeutsche Sozialdemokraten in der SL). Ungeteilte Unterstützung fand das Motto nur bei den Mitgliedern des Witikobun- des, der rechtsextremen deutsch-nationalen Gesinnungsgemeinschaft, die noch immer in den Führungsgremien der Landsmannschaft zahlreiche und wichtige Posten besetzt.

Eine Gratwanderung für Stoiber

Für Edmund Stoiber war sein Auftritt beim SdT unter diesen Umständen eine Gratwanderung. Während vor der Nürnberger Messehalle eine Gruppe Neonazis mit einem Transparent „Sudetendeutsche – für Stoiber und Posselt nur Stimmvieh“ unzufriedene Teilnehmer des SdT für NPD, DVU oder ähnliche zu werben versuchte, bemühte sich Stoiber, den „Schulterschluss zwischen den Sudetenden- schen und dem Freistaat Bayern“ so eng wie eh und je erscheinen zu lassen und seine Reise nach Prag einfach als Fort- führung seiner bisherigen Politik zu verkaufen. Gleichzeitig versuchte er den Eindruck zu erwecken, als sei Prag dabei, einzulernen und die Forderung



nach einem „direkten“ Dialog zu akzeptieren. Statt von einem „sudetendeutsch-tschechischen Dialog“ wie beim Sudetendeutschen Tag 2005 sprach er allerdings nun von einem „politischen Dialog zwischen Tschechien und Bayern unter Beteiligung der Sudetenden- schen“.

Als Themen für seine Gespräche, „ob im Böhmerwald, ob im Rahmen der grenz-überschreitenden Gartenschau Marktredwitz-Eger, ob in Prag oder in Bayern“, nannte Stoiber die bekannten Forderungen nach Aufhebung der sog. Beneš-Dekrete. Aber natürlich weiß er, dass dieses Thema nicht auf der offiziellen Tagesordnung stehen wird. Wie

zu erwarten, machte sich Stoiber die Aussage „Vertreibung ist Völkermord“ nicht zu eigen.

Die CSU fährt zweigleisig

Auch Bernd Posselt (CSU) vermeidet es, in seiner Ansprache bei der Hauptkundgebung ausdrücklich zu dem Motto Stellung zu beziehen. (Bei anderer Gelegenheit, z.B. in seinem Einführungsbeitrag bei der

zentralen Podiumsdiskussion am Samstagnachmittag, verteidigte er es).

Anders SL-Sprecher Johann Böhm. Er wies Kritik an dem Motto zurück, erklärte aber, es sei anders gemeint, als es allgemein verstanden wird. „Genozid, Völkermord, ist ein Fachausruck, der einen völkerrechtlichen Tatbestand umschreibt. Dieser Tatbestand setzt nicht voraus, dass die Mitglieder eines Volkes oder einer Volksgruppe umgebracht werden; er ist nicht mit ‚Massenmord‘ gleichzusetzen, wie es beim Holocaust der Fall war. Dieser Tatbestand ist dann erfüllt, wenn eine Volksgruppe als kulturelle und soziale Einheit ausgelöscht werden soll. Genau diese Absicht stand hinter der Vertreibung.“ Ein billiger Trick. Denn die Assoziation „Vertreibung“ gleich „Völkermord“ gleich „Massenmord“ wird bewusst von der SL in die Köpfe getrickt, der historische Zusammenhang und die wirklichen Absichten, die mit der Umsiedlung verfolgt wurden, dagegen ausdauernd beschwiegen.

Im Gegensatz zu Stoiber, der einen großen Teil seiner Rede den „positiven Veränderungen“ widmete, die er in der tschechischen Politik sah, warnte Böhm davor, die „ermutigenden Signale aus Prag“ überzubewerten. Prag müsse endlich das „Unrecht der Vertreibung“ anerkennen, die auf der Ebene der „Volksdipomatie“ bestehenden Kontakte und Aktivitäten müssten in einen „Dialog der tschechischen Regierung mit den Repräsentanten der Sudetenden- schen Landsmannschaft münden“, beharrte er.

Auch Böhm ist Mitglied der CSU. Hat er sich mit seiner Rede in Widerspruch zu seinem Parteivorsitzenden gestellt? Kurzfristig vielleicht. Aber die CSU will auch ihr Instrument nicht stumpf machen. Wenn deutsche Expansions- und Hegemonialbestrebungen demnächst wieder einen harten Ton gegenüber Tschechien angebracht erscheinen lassen, muss die SL wieder Biss zeigen. Sie wird ihre Funktion weiterhin erfüllen.

Stoiber versprach ihr dafür die Erfüllung eines langgehegten Wunsches: Die Einrichtung eines Sudetendeutschen Museums in München.

Renate Hennecke, *Deutsch-Tschechische Nachrichten* Nr. 73

Sudetendeutscher Tag 2006: Aus der Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber

Ich will gestalten, keinen Stillstand. Ich will geschehenes Unrecht heilen, keine billigen Schlussstriche ziehen. Deswegen meine ich:

Erstens: Was spricht denn gegen die Aufnahme eines politischen Dialoges zwischen Tschechien und Bayern unter Beteiligung der Sudetenden- schen, um darüber zu reden, wie man das geschehene Unrecht im nachbarschaftlichen Geist heilen kann.

Zweitens: Es wäre nach meinem Da- fürhalten wirklich eine schöne Geste gewesen, wenn die tschechische Seite das sog. „Straffreistellungsgesetz“ vom 8. Mai 1946 aufgehoben hätte. 60 Jahre ist nun dieses Gesetz alt. Die Aufhebung dieses Gesetzes kostet nichts, es hätte kaum praktische Folgen, aber große moralische Wirkung. So ist ein Jahrestag ohne Signal an die Sudetenden- schen vorübergegangen. Deshalb bleibt unser Anliegen: in einem Europa, das sich rechtsstaatlichen Werten verpflichtet fühlt, hat ein derartiges Gesetz keinen Platz.

Und drittens bleiben die Beneš-Dekrete. Auch um diese ginge es bei einem runden Tisch. Hier muss man natürlich darüber reden, was 60 Jahre nach der Vertreibung machbar ist. Machbar ist wohl keine materielle Restitution mehr. Machbar sein muss aber eine moralische Restitution. ...

Die heutige Tschechische Republik ist wieder ein starker Industriestandort. In der Tat ist es so, dass die Zusammenarbeit von zwei starken Ländern in der Mitte Europas noch weiter gesteigert und intensiviert werden kann. Das würde ich sehr begrüßen, das kommt beiden Seiten zugute.

Aber ebenso klar ist: Ich bin Ihr Schirmherr. Ich bin Ihr Anwalt gegenüber Tschechien. Ich fühle mich Ihnen zutiefst verbunden und verpflichtet. Sie können darauf vertrauen, dass ich in allen Gesprächen mit der tschechischen Regierung Ihre Anliegen einbringen werde. Und Sie können darauf vertrauen, dass mich bei einem offiziellen Besuch nach Prag Sudetendeutsche begleiten werden...

In Bayern haben die Sudetenden- schen ihr Haus in München als geistig-kulturelles Zentrum. Sie haben eine potente Stiftung. Sie haben ein zuverlässiges Schirmland. Haus, Stiftung und Schirmland sind eine gute Basis für die zukünftige Arbeit der Volksgruppe. Noch mehr als bisher muss in Zukunft diese Arbeit nach außen wirken, in die deutsche und in die tschechische Öffentlichkeit hinein. ...

... Ein sudetendeutsches Museum ist ein bedeutendes historisches und geistiges Zukunftsprojekt. Auch große Werke beginnen mit einem ersten Schritt. Und den wollen wir jetzt tun. Es ist ein Zeichen der bayerisch-sudetenden- schen Solidarität. Auf diese Solidarität können Sie sich verlassen.

Konferenz in Rabat: Flucht- und Migrationsabwehr gegen Geld



Die Europäische Union und 27 afrikanische Staaten haben sich in der marokkanischen Hauptstadt Rabat auf Maßnahmen zur Flucht- und Migrationsabwehr verständigt. Der Aktionsplan sieht verstärkte gemeinsame Grenzpatrouillen, so genannte Interventionstruppen, bessere Polizei- und Geheimdienstkooperationen zwischen europäischen und afrikanischen Staaten, effizientere Abschiebepraktiken etc. vor. Die Flüchtlingsabwehr auf dem afrikanischen Kontinent wird künftig mit erhöhten EU-Finanzmitteln ausgestattet. Das Sterben auf dem Weg nach Europa geht weiter, nur werden einige Dramen nach dieser Konferenz aus dem europäischen Blickfeld geraten. Der in Rabat beschlossene Aktionsplan macht Transitstaaten zu mehr oder weniger gut bezahlten Türstehern Europas. Er wird aber nicht die Fluchtursachen beseitigen, sie nicht einmal ernsthaft angehen. Der Aktionsplan enthält Lippenbekenntnisse, eröffnet aber keine legalen Einwanderungsmöglichkeiten nach Europa. Die unfairen Handelsstrukturen zwischen Europa und Afrika bleiben unangetastet. Der Aktionsplan gibt keine Antwort, wie Flüchtlinge lebend das europäische Territorium erreichen können. Abgesehen von der üblichen allgemeinen Menschenrechtsrhetorik werden die täglichen Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Außengrenzen ausgeblendet. Die Todesschüsse an der spanisch-marokkanischen Grenze am 3. Juli dokumentieren: Flüchtlinge und Migranten ertrinken nicht nur auf dem Weg nach Europa, sondern immer wieder wird scharf geschossen am neuen „Eisernen Vorhang“ zwischen der Europäischen Union und Afrika. Von einer „Partnerschaft mit Afrika“ kann nicht die Rede sein, solange Menschenrechtsverletzungen und die Toten vor den Toren Europas billigend in Kauf genommen werden. (Pro Asyl, 12.7.) Bild: *Unzählige Menschen sind in Afrika auf der Flucht vor Krieg und Hunger.*

Irak: Folter in den US-Gefangenengelagern an der Tagesordnung

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat einen Bericht vorgelegt, der auf der Grundlage von Zeugenaussagen schwere Misshandlungen und Folter an Gefangenen im Irak in den Jahren 2003 bis 2005 dokumentiert. Demnach waren in diesem Zeitraum über 600 Personen an Misshandlungen beteiligt. Soldaten berichten, wie Häftlinge in verschiedenen Gefängnissen und Militäreinrichtungen, so im „Camp Nama“ nahe des Bagdader Flughafens, in einem Lager nahe Mosul, in einem Stützpunkt nahe Al-Qaim an der syrischen Grenze, geschlagen wurde, schmerzhafte Haltungen einnehmen mussten und starkem Schlafentzug sowie extrem kalten oder heißen Temperaturen ausgesetzt waren. Offensichtlich wurde, dass Folter und Misshandlungen genehmigt wurden und Soldaten, die die Übergriffe melden wollten, abgewiesen wurden. Soldaten bezeugen, dass die Gefangenen im Camp Nama nicht beim Internationalen Komitee vom Roten Kreuz registriert wurden, was gegen Völkerrecht verstößt. Sie bezeugen weiterhin, dass Vorgesetzte die für Verhöre zuständigen Einheiten immer wieder zu Misshandlungen anstachelten. Viele Misshandlungspraktiken wurden über den militärischen Befehlsweg genehmigt. Die Genehmigung wurde so häufig erteilt, dass dafür ein vorgefertigtes Formular verwendet wurde. Bei diesem Formular handelte es sich um ein Blatt, auf dem man ankreuzte, welche Methoden man anzuwenden gedachte. Die Blätter wurden vom jeweiligen Kommandant gegenge-

zeichnet. Den Soldaten wurde gesagt, die Gefangenen fielen nicht unter den Schutz der Genfer Konvention. Als im Gefangenengelager nahe Mosul ein Gefangener infolge der Misshandlungen einen Kieferbruch erlitt, wurden zwar Untersuchungen eingeleitet, die Verantwortlichen aber nicht zur Rechenschaft gezogen. Mehrere Gefangene in diesem Lager kamen bei oder infolge von Verhören zu Tode.

Human Rights Watch fordert den Kongress auf, eine unabhängigen Untersuchungskommission einzurichten. Sie soll das tatsächliche Ausmaß des im Irak begangenen Häftlingsmissbrauchs, die Mitschuld von Offizieren höheren Ranges sowie systematische Probleme untersuchen, die es für Soldaten schwierig machen, von ihnen erlebte Misshandlungen zu melden. Außerdem wird Bush aufgefordert, einen unabhängigen Staatsanwalt einzusetzen, der die Fälle untersucht und die Verantwortlichen vor Gericht stellt. (Quelle: Human Rights Watch)

Japan: Militarisierung schreitet zügig voran

Regierung und Parlament sind dabei, die aus der Niederlage des japanischen Kaiserreichs 1945 resultierenden (Selbst-)Beschränkungen gänzlich aufzuheben. In Artikel 9 der japanischen Verfassung ist festgehalten, dass Japan nicht nur schlechthin auf Krieg, sondern sogar auf die Fähigkeit zur Kriegsführung verzichtet. Die Verfassung verbietet den Einsatz militärischer Gewalt zur Austragung internationaler Streitigkeiten. Doch in den letzten Jahren

verabschiedete oder zur Verabschiebung anstehende Sondergesetze sowie die Erneuerung des Sicherheitspakts mit den USA höhlen dieses Verbot zunehmend aus. Mitte Juni war das japanische Kriegsschiff „Kirishima“ mit dem US-Zerstörer „Shiloh“ daran beteiligt, über dem Pazifik eine in Hawaii gestartete Rakete abzufangen. Das war der erste Einsatz eines japanischen Kriegsschiffes an einem Test für das neue Raketenabwehrsystem der USA, dessen Technik u.a. auch in Japan entwickelt wurde. Pikant: Ein Kriegsschiff namens Kirishima gehörte im Dezember 1941 zur Schlachtschiff-Division, die den Angriff auf Pearl Harbor deckte.

Zuvor schon hatten Sondergesetze möglich gemacht, dass die japanische Marine die US-Flotte im Indischen Ozean während ihrer Angriffe auf Afghanistan mit Treibstoff versorgte oder dass japanische Truppen im Irak eingesetzt werden. Kürzlich wurde

Ein weiteres Gesetz soll jetzt ermöglichen, dass japanische Soldaten ohne Einschränkung Militäraktionen im Ausland durchführen können. Die Erneuerung und Ausweitung des Sicherheitspaktes mit den USA geschieht ebenso wie die militärische Aufrüstung ausdrücklich mit Blick auf die Vormachtstellung in Asien. Nordkorea und China werden als „vorrangiges Sicherheitsproblem“ und insbesondere China als „beträchtliche Bedrohung“ charakterisiert. Die „Eindämmung Chinas“ gilt als „wichtigste Frage des 21. Jahrhunderts“, wie ein außenpolitischer Experte es formulierte. (Quelle: DeutschlandRadio)

Zusammenstellung: scc

STADTHAGEN. Der letzte Schultag in Stadthagen wurde mit einer politischen Aktion verbunden: Der „Jugend: Laut!“ Street-Parade. Insgesamt beteiligten sich gut 200 SchülerInnen aller weiterführender Schulen der Schaumburger Kreisstadt an der Demonstration am 19.07.2006. Initiator der Veranstaltung war der Kultur- und Sportverein Tu Wat e.V. aus Stadthagen – ein Zusammenschluss aktiver Jugendlicher. Mit der Parade sollte gezeigt werden, dass nicht alle Jugendlichen in Schaumburg unpolitisch und konsumorientiert sind und sich sehr wohl in der Lage sehen, selbst etwas zu organisieren. Mit schwarz-roten Fahnen und eindeutigen Transparenten und Plakaten („Kapitalismus abschaffen“, „Eat the Rich“, „Reclaim the Streets“, „Beat Racism“ usw.) zog die Parade ab 11 Uhr von den Berufsbildenden Schulen über 2 Gymnasien zum Marktplatz. Dort spielten auf einer Bühne diverse Bands, und Infotische informierten über selbstorganisierte Jugendarbeit. www.uebergebuehr.de



Studierende fordern Ausbau der Ausbildungsförderung BAföG

BERLIN. Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) hat anlässlich der Veröffentlichung der BAföG-Zahlen 2005 am 18.7.2006 durch das statistische Bundesamt den dringenden Ausbau des BAföG eingefordert. Der Anstieg der Geförderten ist deutlich geringer als noch in den Vorjahren. Daran wird deutlich, dass die Effekte der BAföG-Reform 2001 auslaufen – seitdem hat es keine Verbesserungen mehr gegeben. Harsche Kritik übte der fzs an der Reaktion von Bildungsministerin Schavan, die auf die Veröffentlichung der Zahlen mit einer Pressemitteilung zu Studienkrediten antwortete. Christian Berg vom fzs: „Schavan hat einmal mehr deutlich gemacht, dass ihr am BAföG nichts liegt. Damit ignoriert sie die prekäre Situation von Studierenden und fördert aktiv die soziale Selektion im Bildungssystem. Wenn Frau Schavan meint, junge Menschen mit Krediten zu einem Studium zu motivieren, ist die auf dem Holzweg. Studienkredite treiben Studierende in eine Schuldenfalle – mit Unabhängigkeit hat das nichts zu tun, sondern ist ein Schlag ins Gesicht aller jungen Menschen, die aus finanziellen Gründen nicht oder nur eingeschränkt studieren können. Ein solcher Affront ist einmalig für eine Bildungsministerin.“ Der studentische Dachverband fordert weiterhin eine öffentliche, elternunabhängige und bedarfsdeckende Studienfinanzierung. www.fzs.de

Schülervertretung gegen Novellierung des Schulgesetzes in NRW

DÜSSELDORF. Mit einer breit angelegten Postkartenaktion und einem Protesttag am 21. Juni vor dem Landtag machte die Landesschülervertretung (LSV) NRW ihre Kritik am geplanten neuen Schulgesetz deutlich. Während im Landtag über das Gesetz beraten wurde, trugen

ca. 100 engagierte SchülerInnen vor dem Landtag in Workshops ihre Ideen und Konzepte für die Schule der Zukunft zusammen. Bei einer guten Schulausbildung geht es den SchülerInnen nicht nur um die Vermittlung guter Kenntnisse in Mathematik, Deutsch und Latein. Sie fordern auch einen guten Demokratie-Unterricht und die Verwirklichung dieser Kenntnisse schon in der Schule. Die LSV NRW warnte die Landesregierung mit der „Gelben Karte“ und forderte: „Die schülerfeindliche Schulpolitik muss beendet werden, stattdessen müssen vorausschauende Veränderungen, wie die Abschaffung der Dreigliedrigkeit, verwirklicht werden.“ www.lsvnrw.de

Freispruch für Konzertaktion von LEBENSLAUTE am Abschiebetro

BLEILEFELD. Zwei AktivistInnen der überregionalen Musik- und Aktionsgruppe LEBENSLAUTE sind am 12.7.2006 in einer Strafverhandlung des Bielefelder Amtsgerichts von allen Vorwürfen frei gesprochen worden. Barbara R. und Elisabeth R. haben mit der „Konzertaktion am Abschiebetro“ vor der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) Bielefeld am 30.08.2005 nicht gegen das Versammlungsrecht verstoßen. Drei Stunden lang hatten damals ca. 40 AktivistInnen beide Zufahrten der ZAB – Symbol der migrantInnenfeindlichen deutschen Abschottungsbürokratie –

mit klassischer und anderer Musik blockiert. Am 12.7.2006 nun war der Saal 4056 des Bielefelder Gerichts voll besetzt mit ca. 30 Interessierten, darunter auch vielen nur „geduldeten“ Flüchtlingen. Vor dem Gebäude waren weitere AbschiebegegnerInnen mit Transparenten präsent, ein Sextett der LEBENSLAUTE spielte Kammermusik und Folk von der Renaissance über Mozart bis zu Bartok. Zahlreiche Bielefelder Gruppen hatten in einem Flugblatt zum Prozess die Blockadeaktion und die ZAB-kritische Bielefelder Kampagne „Z-ABS“ unterstützt.

Drei Verfahren zur Aktion, u.a. wegen Nötigung, waren schon vorher eingestellt worden. Am 12.7. wurde die juristische Aufarbeitung der Aktion in einer denkwürdigen Verhandlung abgeschlossen. Die Befragung der fünf als Zeugen geladenen Polizisten bestätigte den friedlichen Charakter der Aktion, die von der Polizei damals toleriert worden war, und das basisdemokratische Verhalten der BlockiererInnen. Entscheidungen bei der Aktion seien weder allein von den Beschuldigten noch vom Dirigenten des Chors und Orchesters getroffen worden, sondern gemeinschaftlich im Kollektiv. So fragte irgendwann selbst der Richter, warum man sich heute eigentlich treffe. Die Verteidigung mutmaßte, es gehe darum, für die Zukunft „Zuständige“ zu ermitteln. Wenig später konnten die Beschuldigten ihren Freispruch feiern.

www.lebenslaute.de



Sitzstreik von vier Flüchtlingen vor dem Lünener Rathaus

LÜNEN/BOCHUM. Aus Protest gegen ihre menschenunwürdige Lebenssituation protestieren seit dem 20. Juni vier Flüchtlinge vor dem Lünener Rathaus. Sie weigern sich, zu viert in einem 24-qm-Zimmer zusammengepfercht zu werden. Die Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V. kritisiert den Umgang

STUTTGART. Am Samstag, den 15. Juli 2006, nahmen etwa 500 Menschen an einer Demonstration gegen die verschärften staatliche Repression teil. Unter dem Motto „Linke Politik verteidigen! Solidarität aufbauen!“ zog die Demonstration durch die Stuttgarter Innenstadt. An mehreren Zwischenkundgebungen, wie vor dem Amt für öffentliche Ordnung und dem Baden-Württembergischen Innenministerium, wurden Reden gehalten die u.a. die rassistische Flüchtlingspolitik, die Kriminalisierung von AntifaschistInnen und die Situation der politischen Gefangenen thematisierten. Das Solidaritätskomitee gegen Berufsverbote ging auf das aktuelle Berufsverbot des Heidelberger Realschullehrers Michael Csaszkočzy ein und nannte die nötigen Konsequenzen und Forderungen: „Direkt betroffen ist nur einer – gemeint sind wir alle! Weg mit den Berufsverboten! Der staatlichen Repression entschlossen entgegentreten! Antifaschismus ist legitim und notwendig!“

<http://aabw.antifa.net>



mit den Forderungen der Flüchtlinge. Von Jahr zu Jahr verschlechtert sich die Lebenssituation der Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland rapide: Die Regeln und Gesetze, an die sich diese Menschen zu halten haben, sind extrem belastend: Es ist schwer für sie, die Arbeitserlaubnis zu erhalten. Die monatlichen Bezüge in Form der sog. „Hilfe zum Lebensunterhalt“ liegen 30% unterhalb des normalen Sozialgeldes. Die Residenzpflicht, bei gleichzeitiger Unterbringung in unmenschlichen Übergangsheimen, schränkt die Bewegungsfreiheit der Menschen elementar ein. All diese schwerwiegenden Einflüsse machen den „geduldeten Flüchtlingen“ das Leben schwer, ihre Genesung unmöglich und sie selbst körperlich und seelisch krank.

Die Medizinische Flüchtlingshilfe fordert deshalb auch kommunale politische Gremien auf, den Menschen mit jahrelanger Duldung, wie in dem Fall der Flüchtlinge in Lünen, eine sichere Zukunftsperspektive zu bieten. Dies bedeutet neben einem sicheren Aufenthaltsstatus die Möglichkeit, seine Rechte auszuüben. Das Recht auf Arbeit, Wohnen und Gesundheitsversorgung.

(Stand 20.7.06) www.mfh-bochum.de

Brechmitteleinsätze stoppen ! Mahnwache vor der Uniklinik

HAMBURG. 60 Menschen führten am 20. Juli eine Mahnwache und Kundgebung vor dem Eingang des Universitätskrankenhauses Eppendorf (UKE) durch. Anlass war ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 11. Juli, der im Fall Abu Baka Jalloh gegen Deutschland die Verabreichung von Brechmitteln zu Weissicherungszwecken als „inhumane und erniedrigende Behandlung“ – das heißt: Folter – verurteilt hatte. Für zwei Afrikaner kam dieses Urteil zu spät: Im Dezember 2001 war Achidi John im UKE Hamburg, im Dezember 2004 in Bremen Laye-Alama Conde infolge ei-

nes Brechmitteleinsatzes zu Tode gekommen. Fünf Jahre lang zeigten sich die Regierenden in Hamburg, Polizei und Justiz unbeeindruckt sowohl von den tödlichen Folgen der Brechmittelpraxis wie von den Argumenten, dass diese Praxis Folter ist. Das EUGH blamierte nicht nur den damaligen Hamburger SPD/GAL-Senat und Innensenator Olaf Scholz sowie die nachfolgenden Senate unter CDU-Führung, die die Brechmittelpraxis fortsetzten, sondern auch das Bundesverfassungsgericht, dass 1999 entschieden hatte, Brechmitteleinsätze verstießen nicht gegen die Menschenwürde. Bisher zeigten sich weder CDU noch SPD in Hamburg bereit, von Brechmittelvergabe Abstand zu nehmen. – Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kundgebung forderten deshalb, dass aus dem Straßburger Urteil Konsequenzen gezogen werden müssen; sie verlangten den sofortigen Stopp der Brechmitteleinsätze und die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen die Verantwortlichen am Tod von Achidi John. scc

„Esel-Initiative“ unterstützt allein erziehende Frauen in Eritrea

STEINAU/HESSEN. Im Juni/Juli 2006 war die Foto-Ausstellung „skalu und ihr Esel“ im Erlebnispark in Steinau zu sehen. Die Ausstellung, die die Esel-Initiative e.V. erarbeitet hat, zeigte die Lage der Frauen in Eritrea nach 30 Jahren Krieg. Die Initiative hat sich im Sommer 1995 gegründet, um besonders notleidende alleinerziehende Frauen in Eritrea von der Schwerstarbeit des Wasserschleppens zu entlasten und ihnen eine Starthilfe zu geben. Kooperationspartner ist die Nationale Eritreische Frauenunion (NUEW oder Hamade), eine halbstaatliche Organisation vor allem ehemaliger Kämpferinnen. Die

Esel-Initiative e.V.
Gemeinnütziger Verein zur Förderung alleinerziehender Frauen in Eritrea

Esel-Initiative überweist alle Spenden in voller Höhe an die Frauenunion in Asmara. Die NUEW verwendet das Geld ausschließlich für die Vergabe von Eseln an besonders arme, allein erziehende Frauen und – ab Sommer 2004: für Reitesel als Hebammentaxis. Die Esel werden verschenkt. Die Frauen erhalten weibliche Tiere, damit sie selbst Nachwuchs aufziehen können. Von der Aussicht beflügelt, sich mit dem Esel eine zuverlässige Einkommensquelle zu verschaffen, durchbrechen viele Eselempfängerinnen das traditionelle Rollengefüge. Sie machen sich selbstständig, brechen in Männerdomänen ein, demonstrieren, dass alleinerziehende Frauen nicht zu Armut verdammt sind, sondern dass sie mit einer kleinen Starthilfe Wohlstand für ihre Familie erreichen können. *rst* www.esel-initiative.de

Free René – Solidaritätskundgebung vor dem Kölner Dom

KÖLN. Seit nunmehr einem Monat sitzt der Berliner René K. in Untersuchungshaft in einem Warschauer Gefängnis. Er hatte sich am 10. Juni an der Parade für sexuelle Gleichberechtigung beteiligt und wurde nach einer Rangelei mit Gegendemonstranten der extrem rechten Partei „Narodowe Odrodzenie Polski“ (NOP) auf dem Endkundgebungsplatz von der polnischen Polizei festgenommen. Deshalb trafen sich am 23.7.2006 kurz um 11 Uhr etwa 40 AktivistInnen aus den verschiedensten Zusammenhängen vor dem Haupteingang des Kölner Doms, um ihre Solidarität mit dem Inhaftierten auszudrücken und gegen die staatsoffizielle Diskriminierung von Lesben, Schwulen und Transgender zu protestieren. Der Ort Domplatte wurde gewählt, da eine Verbindung von Ultrakonservatismus und katholischer Kirche in Polen hier noch deutlicher zu Tage tritt als sonst wo.

queerberlin.tk <http://de.indymedia.org>
Zusammenstellung: baf

DGB Berlin-Brandenburg kritisiert Arbeitsmarktpolitik und ihre Folgen

Das Thema Arbeitsmarktpolitik bewegt weiter die Gemüter. Ende Mai war in dieser Zeitschrift über eine Erklärung von Städetag, Städte- und Gemeinbund, Landkreistag und Vertretern der Wohlfahrtsverbände Diakonisches Werk und Arbeiterwohlfahrt berichtet worden, in der u.a. für eine Senkung „passiver Leistungen“ für Arbeitslose plädiert wurde. Die Erklärung löste in der Diakonie, der evangelischen Kirche und der AWO erhebliche Kritik aus, einer der Unterzeichner, Jürgen Gohde, Präsident des Diakonischen Werks, wurde am 22. Juni zum Rücktritt gezwungen. Auch die Arbeiterwohlfahrt distanzierte sich in einem Beschluss ihres Bundesausschusses vom 10. Juni von der durch ihren Vorsitzenden und ihren Bundesgeschäftsführer unterzeichneten Erklärung und stellte klar: „Der Bundesausschuss spricht sich gegen eine Kürzung von Leistungen nach SGB II aus. Er fordert darüber hinaus eine Prüfung, ob der Regelbeitrag von derzeit 345 Euro eine Erhöhung erfahren müsste.“

Trotzdem hält die Bundesregierung an ihrer Politik weiterer Einschränkung von Leistungen nach Hartz IV fest. Statt anzuerkennen, dass Hartz IV in 99% aller Fälle nicht missbraucht wird, sondern nur das tatsächliche Ausmaß von Armut offen legt, wird insbesondere das sog. „Schonvermögen“ für ALG-II-Empfänger weiter eingeschränkt, erwachsene Personen werden bis 25 Jahren wie Kinder behandelt usw. Die Verarmung der ALG-II-Bezieher schreitet weiter fort.

Die Diskrepanz zwischen den sozialen Folgen dieser Reformen und der offiziellen Politik wird dabei immer krasser.

Beispiel ALG I: Die Ausgaben für das sog. „reguläre“ Arbeitslosengeld gehen rapide zurück, weil die Anspruchsdauer verringert und die Hürden vor dem Bezug von ALG I erhöht wurden. Beschäftigte mit saisonalen Jobs, in der Landwirtschaft, im Hotel- und Gaststättengewerbe oder die vielen meist mit kurzen Zeitverträgen Beschäftigten im Film-, Kultur- und Musikgewerbe haben keine Chance, ALG I je zu erhalten, müssen aber Beiträge dafür zahlen. Gleichzeitig beschleunigt sich für ältere Arbeitslose der Absturz ins ALG II.

Was macht die Politik? Sie ignoriert beide Prozesse, balgt sich stattdessen,

ob die daraus resultierenden Überschüsse der Agentur für Arbeit sofort in den Bundesetat fließen oder erst 2007 zur Senkung der Arbeitslosenbeiträge dienen sollen.

Beispiel ALG II: Zu den Verlierern der Reform zählen insbesondere Frauen, deren Männer noch regulär beschäftigt sind. Sie bekommen trotz jahrelanger Berufstätigkeit in der Regel überhaupt kein ALG II, sind also wieder vollständig von ihren Gatten abhängig. Gleichzeitig mehren sich die Anzeichen, dass die Regelsätze des ALG II menschenunwürdig sind. Die „Landesarbeitsgemeinschaft zur Verhütung von Zahnerkrankungen“ etwa meldet „bröckelnde Milchzähne bei Erstklässlern“. Nur 40 Prozent der Kinder hätten ein gesundes Gebiss. Probleme gebe es vor allem in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit. Eine Zahnärztin ergänzte, Eltern müssten für kieferorthopädische Behandlungen heute bis zu 120 Euro im Quartal vorstrecken. Im ALG-II-Warenkorb sind solche Ausgaben gar nicht vorgesehen. Besonders alleinerziehende junge Mütter könnten solche Behandlungen deshalb in der Regel nicht bezahlen (Berliner Zeitung, 22./23.7.06)

Vor allem mehren sich die Anzeichen, dass, wer ALG II bezieht, schlicht abgeschrieben ist. Die Vermittlung von ALG-II-Beziehern in reguläre Jobs bewegt sich in Regionen wie Berlin/Brandenburg im einstelligen Prozent-Bereich. 90% und mehr kriegen keinen regulären Job. Die Rechtfertigung für die Agenda 2010 – die Vermittlungstätigkeit der Agentur für Arbeit müsse verbessert, die Langzeitarbeitslosigkeit verringert werden – entlarvt sich immer mehr als Vorwand. Statt dessen vertieft sich die Zweiteilung auf dem Arbeitsmarkt zwischen denen, die es in reguläre Jobs geschafft haben und sich mit allen Mitteln dagegen wehren, aus diesem Markt herauszufallen, und solchen, die in ALG II gesunken sind und aus dieser Armutszone nicht mehr herauskommen.

Hier ein Dokument des DGB Berlin-Brandenburg, dass diese Entwicklung in dieser Region dokumentiert und versucht, gewerkschaftliche Alternativen gegen diese zunehmende soziale Zerklüftung aufzuzeigen nach dem Motto: „Die Menschenwürde ist unser Maßstab“.

(rül)

DOKUMENTIERT

Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik in Berlin-Brandenburg: Reguläre Arbeitsplätze statt 1-Euro-Jobs sind notwendig

Der Arbeitsmarkt in der Region Berlin-Brandenburg befindet sich in einer dramatischen Zangenbewegung, aus der es kein Entrinnen zu geben scheint: Einerseits versagen die arbeitsmarktpolitischen Instrumente des sog. Hartz IV-Konzepts und bringen dem Arbeitsmarkt keine Entspannung; andererseits wächst die Zahl der Erwerbslosen aufgrund massiven Stellenabbaus bzw. angekündigter Massenentlassungen bspw. bei der Telekom, der Commerzbank, CNH und Herlitz (um nur einige zu nennen). Während die Zahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse in den vergangenen fünf Jahren um rd. 250.000 Jobs sank, schießen die sog. 1-Euro-Jobs sowie Mini-Jobs wie Pilze aus dem Boden: prekäre Arbeitsverhältnisse statt sozialversicherungspflichtiger Stellen.

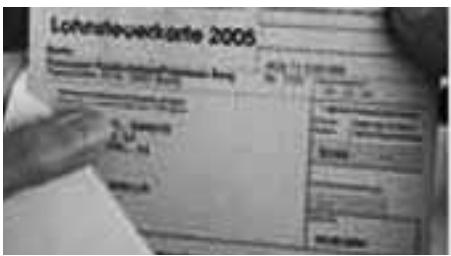
In der Region blieb die Arbeitslosigkeit chronisch hoch

Summa summarum fehlen in der Region rd. 700.000 reguläre Arbeitsverhältnisse. Während Bundespolitiker und Teile der Medien auf die Ungeduld und Verzweiflung Arbeitsloser mit Attacken auf sog. Sozial-Missbrauch beim Arbeitslosengeld II reagieren, ziehen Ombudsrat, Bundesrechnungshof und WSI (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB) ernüchternde Bilanzen einer fehlgeleiteten Arbeitsmarktpolitik.

Zwischen 2001 und 2005 stieg die Arbeitslosigkeit von rd. 490.000 auf 563.000; Folge davon war u. a. die Abwanderung vor allem junger, qualifizierter Brandenburgerinnen. Für Jugendliche, Ausländer, Langzeitarbeitslose, Ältere und schwer vermittelbare Arbeitslose brachte Hartz IV nicht die erhoffte Entspannung: ihr Anteil an den Arbeitslosen stieg um 37 Prozent (Migranten) bzw. 32 Prozent bei den Langzeitarbeitslosen. Benachteiligte Gruppen waren also überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit dehnte sich aus: in Berlin von 429 Tagen im Jahr 2000 auf 480 Tage in 2004. In Brandenburg war die Entwicklung noch dramatischer, nämlich von 416 auf 536 Tage; bei arbeitslosen Brandenburgerinnen sogar von 507 auf 638 Tage in befragtem Zeitraum.

Mittlerweile erhalten von den rd. 60.000 Jugendlichen, die in der Region einen Ausbildungsplatz suchen, nur noch 30 Prozent eine betriebliche Aus-



bildung. Jahr für Jahr bleiben einige Tausend Jugendliche ohne Ausbildung auf der Strecke ... Ihnen als „Alternative“ dann jedoch einen sog. 1-Euro-Job als Ausbildungersatz anzubieten (derzeit rd. 3.700 Jugendliche in der Region) ist schlichtweg politischer Zynismus. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in der Region traditionell hoch, derzeit sind 58.000 junge Menschen unter 25 Jahren ohne Job.

Die programmierte Erfolglosigkeit bei der Jobsuche spiegelt sich bspw. darin wider, dass in unserer Region zwischen 2000 und 2005 auf je 100 Arbeitslose nur 8-12 offene Stellen kamen. Die zu geringe Nachfrage nach Arbeitskräften ging einher mit massiven Leistungskürzungen, zunehmender Deregulierung sowie sinkenden Reallöhnen. Auch die immer wieder von konservativer Seite ins Spiel gebrachte These, wonach angeblich niedrige Löhne zu mehr Jobs führten, lässt sich nicht halten. Während der stärksten Lohnzurückhaltung Mitte der 90er Jahre stieg dennoch die Arbeitslosigkeit weiter an.

Policy-Mix soll Weg ebnen für die Arbeitsmarktpolitik

Wohl wissend, dass Arbeitsmarktpolitik keine Arbeitsplätze schafft, muss sie sich dennoch als Teil der Sozialpolitik am Prinzip der Sozialstaatlichkeit messen lassen. Die soziale Unterstützung benachteiligter Gruppen muss vornehmste Aufgabe einer sozialstaatlichen Ordnung sein. Gleichwohl vermisst der DGB eine in sich geschlossene politische Antwort auf die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit: Nach Einschätzung etlicher Ökonomen ist ein Policy-Mix notwendige Voraussetzung für arbeits- und beschäftigungspolitische Erfolge: Der Ausweg aus dem bildungspolitischen Dilemma (von „Pisa“ über das Defizit an Ausbildungsplätzen bis zur unterentwickelten beruflichen Qualifizierung) muss im Sinne von „Lebenslangem Lernen“ endlich konsequent beschritten werden. Wir brauchen eine Steuerpolitik, die die öffentlichen Haushalte nicht weiter austrocknet, sondern beschäftigungswirksame Investitionen ankurbelt; damit einhergehen muss eine Struktur- und Wirtschaftspolitik, die in Berlin-Brandenburg u. a. den Wissenschaftstransfer für kleine und mittlere Unternehmen erleichtert, um somit Beschäftigungspotenziale zu erschließen (siehe DGB-Papier zum Industriedialog in Berlin).

Dieser Politikansatz steckt allerdings noch in den Kinderschuhen. Das rächt sich gerade in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.

Das sog. Hartz-Konzept, die „Mutter aller Arbeitsmarktreformen“, endete in der Sackgasse. Der Druck auf Erwerbslose wächst weiter. Sie erhalten den Schwarzen Peter, weil sie angeblich staatliche Unterstützung ausnutzen, während gleichzeitig rd. 300.000 Menschen ihre Leistungsansprüche verloren.

Bei Hartz-IV vermisst der DGB die Gleichwertigkeit von Fordern und Fördern.

Unterm Strich

- kürzte die Bundesagentur für Arbeit die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld;
- Finanzmittel für Weiterbildung wurden drastisch zusammen gestrichen;
- Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe drückte auf das Existenzminimum mit steigender Armut als Folge.

WSI befürchtet programmierte Altersarmut

Nach Untersuchungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) erhalten 60 Prozent der bisherigen Arbeitslosenhilfe-Empfänger weniger Geld als bisher. Zweite Erkenntnis der WSI-Studien: Weder erhält jeder Leistungsempfänger den (ohnehin nicht üppigen) Höchstsatz an finanzieller Unterstützung, noch verstößt das Arbeitslosengeld II gegen das Lohnabstandsgebot: Allein lebende Langzeitarbeitslose stehen bereits mit einem Nettoeinkommen von weniger als 700 Euro besser da als mit Alg II.

Die scheinheilige Frage in einer Sendung von Sabine Christiansen „Arm durch Arbeit, reich durch Hartz IV?“ entspringt eher journalistischer Realitätsferne, als dass sie die Wirklichkeit widerspiegelt.

Im Übrigen sieht das WSI eine Missbrauchsquote von lediglich 0,4 Prozent. Die Unterstützungssätze haben sich im Vergleich zur früheren Sozialhilfe nur geringfügig verändert: Nach Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes müssten die Regelsätze um 19 Prozent auf 412 Euro angehoben werden, um auf bescheidenem Niveau den täglichen Bedarf abzudecken. Bspw. sind für Schulsachen 1,76 Euro pro Monat vorgesehen, für Spielsachen 86 Cent.

Im Durchschnitt erzielten Hilfebedürftige durch ihre Erwerbsarbeit ein Bruttoeinkommen von 629 Euro, davon waren 327 Euro auf den Anspruch der Grundsicherung anrechenbar. 51 Prozent verdienten dabei ein Bruttoeinkommen unterhalb der Geringfügigkeitsgrenze von 400 Euro, 19 Prozent erreichten zwischen 400 und 800 Euro und nur 30 Prozent mehr als 800 Euro.

In den Arbeitslosehilfe-Haushalten stieg die Armutssquote um mehr als 10 Prozent: von 50 auf 63 Prozent. ALG II-Empfänger müssen für ihren Lebensunterhalt immer stärker auf privates Vermögen zurückgreifen. Der Beitrag des Bundes zur Rentenversicherung der ALG-II-Empfänger wird derzeit halbiert. Altersarmut wird somit programmiert.

Fehlende Weiterbildung schadet auch der Wirtschaft

Die falsche Weichenstellung in der Arbeitsmarktpolitik, indem die Fort- und Weiterbildung durch die Arbeitsagenturen systematisch ausgetrocknet wurde, rächt sich in der Perspektive. Während 2002 in der Region Berlin-Brandenburg noch 45.000 Menschen berufliche Weiterbildung genossen, waren es vier Jahre später nur noch 13.300. Die rigide Politik des Nichtförderns, ausgeprägt auf dem Rücken der Arbeitslosen, schadet auf lange Sicht auch der Wirtschaft. (...)

• Das Kind wurde mit dem Bade ausgeschüttet: Die zum Teil berechtigte Kritik am Sinn und Nutzen von Weiterbildung führte aber nicht zur Reformierung der Angebotspalette, sondern zur schrittweisen Abschaffung. Das ist der falsche Weg, weil er den Erwerbslosen Perspektiven verschließt. (...)

• Das Risiko, arbeitslos zu werden, nimmt mit steigender Qualifikation ab und ist umgekehrt umso höher, je weniger gut ausgebildet man/frau sind. So ist im Westen jeder fünfte Ungelernte arbeitslos, im Osten dagegen jeder zweite. Die gruppenspezifischen Arbeitslosenquoten sind bei allen anderen nach Ausbildungstiefe und Qualifikation gebildeten Gruppen niedriger. Für die schon jetzt hohe Zahl der Geringqualifizierten ist deshalb die Verbesserung ihrer Ausbildung und die Erhöhung ihrer Qualifikation die einzige Alternative zur sonst drohenden langjährigen Alimentierung durch die Gesellschaft. (...)

• Auf den in etlichen Studien prognostizierten Fachkräftemangel muss politisch reagiert werden: (...) 2007 treten die geburten schwachen Nachwendejahrgänge aus den neuen Bundesländern auf den Arbeitsmarkt. Ab 2015 scheiden die geburten starken Nachkriegsjahrgänge – und damit viele Fachkräfte – aus dem Erwerbsleben aus. Die deshalb notwendige nachhaltige Erhöhung der Erwerbsquote ist nur durch



→ eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu erreichen. In allen europäischen Ländern, deren Erwerbsquote bei über 70 Prozent liegt, zählt dazu die Förderung der Weiterbildung von Arbeitslosen und Arbeitnehmern, deren Arbeitsplätze gefährdet sind.

Ein-Euro-Jobs verdrängen reguläre Beschäftigung

Der Boom bei den sog. 1-Euro-Jobs bei gleichzeitigem Abbau sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze legt den Verdacht nahe, hier findet eine massive Verdrängung statt. Während 250.000 sozialversicherungspflichtige Jobs vernichtet wurden, entstanden mehr als 100.000 Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigungen (MAE), sog. 1-Euro-Jobs (...) Der Bundesrechungshof hat diese Job-Kategorie auf den Prüfstand gehoben und dazu Folgendes festgestellt und den Arbeitsmarktpolitikern ins Stammbuch geschrieben:

- Bei fast einem Viertel der geprüften Maßnahmen bei den sog. 1-Euro-Jobs lagen die Fördervoraussetzungen nicht vor, weil die zu erledigenden Tätigkeiten bspw. nicht im öffentlichen Interesse waren;
- Bei weiteren 50 Prozent der geprüften Fälle gab es keine verlässlichen Angaben, welche Arbeitsinhalte diese Jobs hatten;
- Die Kostenkalkulationen bei diesen Jobs waren selten transparent;
- Arbeitsgelegenheiten mit 30 Wochenstunden kosteten im Durchschnitt 435 Euro im Monat, wobei die Kosten der Grundsicherung addiert werden müssen. Sie waren damit nicht günstiger als eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme.

Als Fazit sieht der Bundesrechungshof die Gefahr, dass die 1-Euro-Jobs „reguläre Arbeitsplätze durch Eingriffe in den Wettbewerb verdrängen“. (...)

Was tun?

Der gegenwärtige Kurs einer einseitig wirtschaftsnahen Orientierung (...) muss aufgegeben werden. Denn dieser Kurs führt zur Diskriminierung und Benachteiligung von ohnehin besonders betroffenen Personengruppen am Arbeitsmarkt. (...)

Für die sog. Kunden, die Arbeitslosen, führt das häufig nicht abgestimmte Verhalten nämlich dazu, dass sie in Arbeitslose 1. und 2. Klasse einsortiert werden: also solche, denen willkürlich noch Weiterbildungschancen eingeräumt werden und andere, die schlichtweg abgeschrieben werden.

(...) Viel wäre bereits gewonnen, wenn sich die politisch Verantwortlichen einer Philosophie öffnen würden, die Arbeitslose nicht von vornherein Missbrauch unterstellt und permanent Druck auf sie ausübt, um zu kaschieren, dass Hundertausende von Stellen auf dem Arbeitsmarkt fehlen. Deshalb kann ein Blick auf die schwedische Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik durchaus neue Horizonte eröffnen:

- Es besteht dort ein Konsens darüber, dass eine aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik vonnöten ist, die möglichst frühzeitig auf Reintegration setzt und damit Langzeitarbeitslosigkeit vermeidet.
- Von Anbeginn gehört in Schweden Arbeitsförderung zum Politikfeld Wirtschaftsförderung.
- Es existiert ein Konsens darüber, die Ressourcen für aktive Arbeitsförderung in Konjunkturkrisen antizyklisch auszuweiten. (...)

Bezogen auf unseren regionalen Arbeitsmarkt in Berlin und Brandenburg müssen wir daraus folgende Lehren ziehen:

- Instrumente zur öffentlich geförderten Beschäftigung haben angesichts hoher Arbeitslosigkeit nach wie vor ihre Berechtigung. Dabei ist eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Instrumenten wie ABM, BSI (Beschäftigung schaffende Infrastrukturförderung), Arbeitsgelegenheiten mit Entgelt herzustellen. Fördermaßnahmen zur Erhöhung der berufsfachlichen Kompetenzen sind aufgrund steigender Wissensanforderungen im Arbeitsleben umfangreicher als bisher einzusetzen. Für die Qualitätsverbesserungen bei der Förderung der beruflichen Bildung ist es erforderlich, Akkreditierungs- und Zertifizierungsverfahren verbindlich und flächendeckend einzuführen. Der DGB fordert die drastische Reduzierung von sog. 1-Euro-Jobs zugunsten regulärer Arbeitsplätze, also Jobs, die sozialversicherungspflichtig sind.
- Fort- und Weiterbildung sowie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollten als Förderinstrumente wieder einen größeren Stellenwert erhalten. (...)
- Würden bspw. die Ausgaben für Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung des Jahres 2005 um 90 Prozent reduziert, könnten damit mehr als 5.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in Form von ABM o. ä. mit einem Monatsbrutto von 1.500 Euro finanziert werden.
- In Anlehnung an die frühere Philosophie des Arbeitsförderungsgesetzes (§ 249 h) könnten passive Leistungen in aktive Leistungen der Arbeitsförderung zugunsten sozialversicherungspflichtiger, öffentlich geförderter Beschäftigung umgemünzt werden, als eine Art Lohnkostenzuschuss.

(Aus Platzgründen geringfügig gekürzt, die vollständige Erklärung findet sich auf der Homepage des DGB Berlin-Brandenburg - rui)

<http://www.berlin-brandenburg.dgb.de/article/articleview/4633/1/1>

Kommunalverbände fordern Beteiligung an Unternehmenssteuerreform

BERLIN. Die kommunalen Spitzenverbände haben die Bundesregierung erneut aufgefordert, sie an den weiteren Beratungen über die Unternehmenssteuerreform zu beteiligen. Obwohl Städte, Gemeinden und Landkreise wegen der Gewerbesteuer von den Entscheidungen über die Unternehmenssteuerreform stark betroffen seien, würden sie bisher in die Beratungen nicht einbezogen. Die vom Bundeskabinett beschlossenen Eckpunkte zur Unternehmenssteuerreform lassen nach Einschätzung der kommunalen Spitzenverbände darauf schließen, dass in der Arbeitsgruppe der Koalition eine Reihe gravierender substantieller Änderungen der Gewerbesteuer diskutiert werden. In den Eckpunkten seien die einzelnen Elemente einer veränderten Gewerbesteuer noch offen gelassen worden, jetzt würden verschiedene Wege geprüft. www.staedtetag.de

Umsatzsteuerpflicht für Abwassergebühren?

KÖLN. Mit heftiger Kritik hat der Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) auf den Vorstoß der privaten Wasserwirtschaft reagiert, durch eine Beschwerde bei der Europäischen Kommission die Umsatzsteuerpflicht für öffentlich-rechtlich organisierte Abwasserentsorger in Deutschland einzuführen. Wie VKU-Hauptgeschäftsführer Michael Schöneich betont, würde eine solche Steuerpflicht nach Berechnung der Bundesregierung für die betroffenen Kunden zu Gebührensteigerungen von mehr als 10 % führen. Noch deutlicher falle diese Steigerung aus, wenn der Umsatzsteuersatz ab Januar 2007 auf 19 % angehoben wird. „Kämpft die private Wasserwirtschaft wirklich um höhere Abwassergebühren?“ so Schöneich. Betroffen wären ca. 90 % der Kunden im Abwasserbereich. Die Einführung eines ermäßigten Umsatzsteuersatzes ist für die Abwasserentsorgung rechtlich ausgeschlossen.

Der Gesetzgeber habe für die Abwasserentsorgung bewusst auf die Einführung eines freien Wettbewerbs verzichtet. Bundesregierung und Bundestag haben sich mit Hinblick auf die Besonderheiten der Abwasserwirtschaft explizit gegen eine Marktoffnung ausgesprochen.

Das Modell kommunalwirtschaftlicher Abwasserentsorgung habe sich, so Schöneich, bewährt. Jüngste Umfragen belegen die hohe Kundenzufriedenheit. www.vku.de

Zusammenstellung: baf

Konkurrenz auf Biegen und Brechen?

Die Aktionen und Streiks des Marburger Bundes an den kommunalen Kliniken werden zu wirksamen Abschlüssen führen, wenn nicht mit dem Verband der kommunalen Arbeitgeber, so doch zu Haustarifverträgen. Somit bestehen für den gewerkschaftlichen Kampf in diesem bedeutenden Wirtschaftszweig neue Bedingungen. Zur Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern kommt der Konflikt im Arbeitnehmerlager, zwischen der Gewerkschaft ver.di, die für das Konzept der Einheitsgewerkschaft steht, und dem Marburger Bund, der eine Standesorganisation ist. Für ver.di legt der Marburger Bund Axt an die Wurzel gewerkschaftlicher Solidarität. Umgekehrt besteht diese Standesorganisation darauf, dass ver.di für die Gesundheitswesen schlecht verhandelt hätte. Als Beleg verweist der Marburger Bund in einer Polemik (Dokument 3) auf eine Publikation, in der Michael Wendl, früher in der ötv und heute bei ver.di verantwortlicher Funktionär, harte Kritik an von ver.di abgeschlossenen Verträgen führt, namentlich dem Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TvöD) und dem Tarifvertrag Zukunftssicherung (TV ZUSI). Der Konflikt hängt mit der laufenden Umstrukturierung des Gesundheitswesens in der BRD zusammen.

An den Kliniken wandeln sich Finanzierung, Technik und Organisation gleichzeitig.

Politisch umstritten ist, welcher Anteil der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung künftig ins Gesundheitswesen fließen soll, durch welches Verfahren (Steuern / Versicherung / individuelle Abrechnung) die Mittel aufgebracht werden

den sollen und schließlich, wie die Wirtschaftlichkeit gewährleistet werden soll.

Offen ist sodann, in welchen Rechts- bzw. Unternehmensformen die Arbeit organisiert werden sollte, die Bandbreite reicht vom sog. Eigenbetrieb, der wie jeder andere Teil der Dienstleistungen erbringende Verwaltung eine Unterabteilung z.B. der Kommune ist, bis hin zur privaten Firma, die aus Gewinninteressen öffentliche Aufträge erledigt.

Zu diesen bereits schwer überschaubaren, dauernd fließenden Rahmenbedingungen tritt die technisch-wissenschaftliche Entwicklung der medizinischen Dienstleistung, die kostspieliges Gerät erforderlich macht und auch verhältnismäßig mehr ärztlich ausgebildetes Personal.

Diese Umbrüche erzeugen unterschiedliche Arbeitsmarktsituationen. Die Nachfrage nach ärztlichem Personal ist hoch, nach technischem und Pflegepersonal mittelmäßig und für die anderen ist sie schon lange schlecht.

Wegen der langen Studienzeiten entspannt sich die Nachfragesituation für ärztliches Personal nicht schnell. Dazu kommt, dass für diese Dienstleistungen ein internationaler, wenigstens europaweiter Arbeitsmarkt entstanden ist. Außerdem ist die Zeit an der Klinik für viele nach wie vor bloß Durchgangzeit zur eigenen Praxis. So gibt es viele Faktoren, die dafür sorgen, dass die Marktposition des ärztlichen Personals relativ stark ist.

Zur Politik von ver.di

Die Zersplitterung des Tarifwesens nach Berufsgruppen war, soviel ist aus der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung abzulesen, auf mittlere Frist für die Lohn- und Gehaltsbezieher zu keiner Zeit vorteilhaft. Schon im betrieblichen Maßstab kann die Arbeitsgeberseite die Gruppen gegeneinander ausspielen, so auch in der Politik, wo es um die gesetzlichen Rahmenbedingungen gestritten wird. Wenn in den Kliniken künftig zwei Gewerkschaften auftreten, ist das unter diesem Gesichtspunkt verheerend. Die giftige Erregung, mit der ver.di die den Marburger Bund nicht als Verbündeten begrüßt, sondern als Kon-

Dokument 1: Der Marburger Bund sieht (s)eine Chance

und Ärzte an den vorgenannten Kliniken den Forderungen mit erneuten Streikmaßnahmen Nachdruck verleihen.

Wir fordern u.a. darin eine Vergütungsregelung, • die der ärztlichen Arbeitssituation besser gerecht wird als die Entgelttabelle des TVöD, • die gerade die jüngeren Ärztinnen und Ärzte besser stellt und • die im weiteren Verlauf nicht zu Gehaltseinbußen bei Stellenwechsel oder Vertragsänderungen oder durch die Kürzungen der Sonderzahlungen führt.

Wir fordern u.a. eine unmittelbare tarifliche Vereinbarung zu Arbeitszeitregelungen, die den Besonderhei-

kurrenten schmäht, ist begreiflich. Ist sie realistisch?

Die Aktionsfähigkeit des Marburger Bundes zeigt, dass die von ver.di ausgetauschten Tarife etwas zum Verhandeln übrig ließen. Gerade Gewerkschafter, deren Ziel es ist, für ihre Mitglieder etwas herauszuholen werden letztlich verstehen, dass der MB darin eine Chance sah und die Gelegenheit ergriff. Situationen, in denen für gewisse Berufsgruppen für kurze oder auch längere Zeit die Arbeitsmarktsituation viel besser ist, als das im Tarif steht, führen in der sog. freien Wirtschaft zu u.U. sogar weitgehender übertariflicher Bezahlung. Dieses Ventil besteht im öffentlich-rechtlich geregelten Beschäftigungssektor der BRD nicht. Es entsteht eine überindividuelle, berufstypische Übernachfrage, die von einer dazu passenden Standesorganisation aufgegriffen werden kann.

Die Struktur des heutigen Klinikwesens hat sich nicht aus Angebot und Nachfrage ergeben, sondern aus einem öffentlichen Auftrag und einer weitgehenden Finanzierung aus öffentlichen Mitteln und Versicherungsleistungen. Der Standort der Kliniken ergab sich aus dem Anspruch der Bevölkerung auf einigermaßen gleichwertige Versorgung. Betriebswirtschaftlich gesehen entstand daraus eine Situation, in der vergleichbare Leistungen von verschiedenen Kliniken zu unterschiedlichen Kosten und auch mit recht unterschiedlicher Qualität erbracht wurden.

Hier hat die Politik die Steuerung verändert. Eine Liste medizinischer Dienstleistungen wurde erstellt, die den Kliniken überall zum gleichen Preis vergütet werden. Da die anfallenden Kosten verschieden sind, gibt es Kliniken, die Luft haben, und andere, die keine Luft haben. Es entstehen wirtschaftliche Zwänge. Ganze Standorte oder Abteilungen werden geschlossen, Spezialisierungen entstehen. Die Anpassung der Kliniken an die neuen Anforderungen kostet aber auf jeden Fall Geld, und wenn man so will, umso mehr, je schwächer die Ausgangslage.

In dieser Situation hat ver.di so verhandelt, dass möglichst vielen Einrichtungen Entwicklungschancen bleiben. ➔ ➔

ten ärztlicher Tätigkeit im Krankenhaus besser gerecht werden.

Wir fordern u.a. eine Deregulierung der Bereitschaftsdienststufen und darin auch eine adäquate Honorierung der Arbeit zu ungünstigen Zeiten.

Wir fordern u.a. auch, daß eine Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall bei Ärztinnen und Ärzten wieder wie bisher vereinbart wird.

Die Streikmaßnahmen werden erst dann ausgesetzt, wenn ein verhandlungsfähiges Angebot vorliegt.

Dr. Christoph Emminger, Landesvorsitzender
Kurt Ossoinig, Geschäftsführer

Marburger Bund, 3.7.2006,

Streikaufruf

Der Landesverband Bayern des Marburger Bundes ruft im Namen der Bundesstreikleitung alle Ärztinnen und Ärzte in nachfolgend aufgeführten VKA-Kliniken auf, in der Zeit ab dem 17. Juli 2006 – nunmehr unbefristet – die Arbeit in den Kliniken niederzulegen: (Es folgen die Namen von 521 Kliniken in Bayern)

Nachdem die VKA bisher ein verhandlungsfähiges Angebot zum Abschluss eines ärztespezifischen Tarifvertrages nicht vorgelegt hat, werden die Ärztinnen



Münchener Pressemitteilungen

Streikende Ärzte sollen Zusatzeinkommen offen legen – Ärzte sind die bestbezahlten Akademiker im Öffentlichen Dienst

27.6.2006. Nun streiken also auch die Ärzte der kommunalen Krankenhäuser. Offensichtlich setzen die Funktionäre des Marburger Bundes darauf, dass es auch weiterhin viel Sympathie in der Bevölkerung für einen Ärztestreik gibt. Dazu vermitteln sie in der Öffentlichkeit ein Bild, als seien die Klinikärzte eine der am meisten ausgebeuteten Berufsgruppen.

Das Gegenteil ist der Fall. Die Ärzte sind im Öffentlichen Dienst die bestbezahlte Akademikergruppe.

Selbstverständlich haben sie nach dem Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVöD) Anspruch auf Bezahlung ihrer Überstunden und auch Anspruch auf Überstundenzuschläge. Warum manche Ärzte die ihnen zustehenden Vergütungsbestandteile nicht einfordern, ist ein Rätsel. Ein Streik wäre dafür nicht notwendig. Der Ärzteverband Marburger Bund fordert als Ausgleich für die langen Arbeitszeiten höhere Einkommen für die Klinikärzte. „Ich frage mich, wie ein Arzt nach 24 Stunden im Dienst ausgeruht sein soll, wenn er mehr verdient“, kritisiert Heinrich Birner, ver.di-Geschäftsführer in München. „Die Patienten haben einen Anspruch auf ausgeruhte Ärzte. Dazu müssen in erster Linie die Schichtlängen verringert werden.“ Angesichts ihrer Forderung nach Einkommenserhö-

hungen fordert Birner die Klinikärzte auf, ihre Nebeneinkommen offen zu legen. Die Chefärzte verdienen sich durch die Möglichkeit der Privatliquidation „eine goldene Nase“. An den Einnahmen aus der Abrechnung von Privatpatienten werden auch die nachgeordneten Klinikärzte beteiligt.

Diese Einkommen aus dem „Chefärzt-Pool“ werden zusätzlich zu den Gehältern nach dem Tarifvertrag (TVöD) bezahlt. Diese Zusatzeinkommen betragen im Schnitt mehrere hundert Euro pro Monat. „Über dieses Kapitel der Zusatzeinnahmen wird in den Krankenhäusern beharrlich geschwiegen“, so Birner. Er fordert deshalb die streikenden Ärzte auf, der Bevölkerung die volle Wahrheit zu sagen und ihre Einnahmen aus der Privatliquidation offen zu legen.

Informationen: Heinrich Birner, Geschäftsführer ver.di-Bereich München, Tel. 089/59977-9999, Tel. 0170/574 90 02 Herausgeber: Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Bezirksverwaltung München, Bayerstr. 69, 0335 München



ver.di lässt die Masken fallen

ver.di lässt die Masken fallen

Herr Birner, sowie Herr Sterr, beide als Vertreter von ver.di vorgestellt, wurden in verschiedenen Medien zitiert, u.a. in der AZ vom 26.6. („Ärzte wieder im Streik“), in der tz vom 27.6. („Ärztestreik gefährdet Klinikexistenzen“) und im Münchener Merkur vom 27.6. („Klinikärzte gehen auf die Straße“).

Der Marburger Bund stellt fest:

- Ver.di droht, gegen die Tarif-Forderungen der Klinikärzte zum Streik aufzurufen. Üblicherweise rufen Gewerkschaften zum Streik gegen Arbeitgeber auf. Ver.di macht das anders: Hand in Hand mit den Arbeitgebern gegen die Ärzte. Solidarität nach Art von ver.di.
- Herr Sterr „ist empört“, dass „das Pflegepersonal beim Tarifabschluss im öffentlichen Dienst erhebliche Einbußen hinnehmen“ musste.

Ist Herrn Sterr entgangen, dass ver.di, seine eigene Gewerkschaft, diesen Tarifvertrag, den TVöD, gegen alle Warnungen und Einwände des Marburger Bundes unterschrieben hat? Die Antwort liefert Herr Sterr gleich mit: „Man hat uns die Pistole auf die Brust gesetzt. Kliniken drohte bei Verlusten die Insolvenz“. Endlich wird zugegeben, dass der TVöD, den ver.di unterschrieben hat, nichts anderes ist als ein verkappter Sanierungstarifvertrag für finanziell klammre Komunnen!

- Die zweite Stufe des Ausverkaufes der Klinik-Beschäftigten hat ver.di gleich hinterher geschaltet: der TV ZuSi, der im quasi standardisierten Verfahren den Arbeitgebern die Möglichkeit gibt, den Klinikbeschäftigten bis zu 10% des Monatsentgeltes als Beitrag zur Sanierung ihrer Kliniken abzunehmen! Nicht nur, dass alle Angestellten im öffentlichen Dienst Einkommenseinbußen durch den TVöD hinnehmen müssen, den Ver.di als Jahrhundertreform feiert:
- Als Steigerung gibt es noch im TVöD den „Besonderen Teil Krankenhäuser“.

Durch diesen erfahren Arzt und Pflege in Hinblick auf

Feiertagsregelungen, Zulagen, Zuschläge, Pausenregelungen und vieles mehr eine zusätzliche Verschlechterung ihrer tariflichen Situation, auch im Vergleich zu anderen Angestellten im öffentlichen Dienst. Begründung: „Kostendruck im Gesundheitswesen“. Ein Beispiel: jeder Angestellte im öffentlichen Dienst bekommt für jede Stunde Nachtarbeit einen Zuschlag von 20%. Arzt und Pflege dürfen sich mit 1 Euro 28 Cent zufrieden geben. Wer Bereitschaftsdienst macht, bekommt gar keine Zuschläge, weder für die Nacht, noch für den Feiertag noch für das Wochenende!

Nur ungern erinnern wir ver.di als einen „Geburthelfer“ des TVöD an „kleine Ausrutscher“ wie bei den Schicht- und Wechselschichtzulagen, bei der Urlaubsvergütung und der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

So viel sind Arzt und Pflege den Arbeitgebern und ver.di also wert!

Sowohl die Arbeitgeber als auch ver.di kauen auf den so genannten „Pooleinkünften“ der Ärzte herum, in der Hoffnung, ihre Propaganda vom Arzt als bestverdienendem Akademiker im öffentlichen Dienst zu belegen.

Hierzu stellt der Marburger Bund fest:

Beteiligung an Privatliquidationseinkünften werden in Bayern nur in einem Teil der Kliniken gewährt. Poolpunkte kommen sowohl ärztlichen als auch nicht ärztlichen Angestellten zu Gute. Poolgelder werden meist erst nach vielen Jahren der Betriebszugehörigkeit ausgezahlt. Das Geld, das in München ein Assistenzarzt erstmals nach 5 Jahren für jeden Monat bekommt, bewegt sich in Höhe eines Schlüsseldienstes am Wochenende.

Das Ganze passt in die seit Jahren bekannte Neiddiskussion, die dadurch noch absurd wird, dass die Städtische Klinikum München GmbH, wie bereits viele Kliniken vor ihr, ohnehin beabsichtigt, die Einkünfte aus Privatliquidationseinkünften dem Unterneh-

mensvermögen einzuverleiben und die „Poolzahlungen“ an das Betriebsergebnis zu koppeln.

• Gleichlautende Kommentierungen des Arbeitskampfes der Ärzte durch Arbeitgeber und ver.di sind Beweise für eine „unheilige Allianz“ von Arbeitgebern und ver.di. Inzwischen ist bayernweit oft nicht mehr zu unterscheiden, ob da die Geschäftsführung einer Klinik, ein Vertreter der VKA, ein Kommunalpolitiker oder ein Funktionär von ver.di spricht.

• Wir laden Herrn Birner und Herrn Sterr ein, sich persönlich in den Kliniken ein Meinungsbild beim Pflegepersonal zu verschaffen, statt anachronistische, ärzteleidende Parolen zu schwingen. Mit jedem Lohnzettel, der hier nach Überleitung in den TVöD geöffnet wird, wächst der Unmut gegen ver.di. Jetzt, da „Tätigkeits- und leistungsfremde Aspekte“ wie „familienbezogene Entgeltbestandteile“ im TVöD nicht mehr enthalten sind, wird auch die Pflege nach dem Ende der Überleitungsfrist („TVÜ“) vom TVöD in einem herben Ausmaß betroffen sein. Dass nur 10-20% der Krankenschwestern und -Pfleger noch Mitglied bei ver.di sind, verwundert nicht. Ver.di mit dem TVöD zum Sachwalter der Pflege zu machen, hieße, den Bären „Bruno“ („JJ1“) zum Leiter einer Imkerei zu ernennen.

Der Marburger Bund unterstützt ausdrücklich die Forderungen der Pflege nach einem angemessenen Einkommen. Auch den nicht ärztlichen Berufsgruppen dämmert allmählich die Erkenntnis, die den Marburger Bund dazu gebracht hat den TVöD am 10.9.2005 nicht zu unterschreiben.

Sogar Michael Wendl, immerhin stellvertretender Landesbezirksleiter von ver.di Bayern sagte öffentlich: „Dabei hat ver.di ein Niveau akzeptiert, das der Marburger Bund zuvor abgelehnt hatte“ und an anderer Stelle: „... Anders als im Februar 2005 wird heute auf der Basis eines Tarifvertrages gestritten, der materiell eindeutig schlechter ist als der durch den TVöD abgelöste BAT und die dazu gehörenden Arbeitertarifverträge.“ (M. Wendl vom 6. 2. 2006 in der Zeitschrift Sozialismus)

ver.di, Du hast das Klinikpersonal an die Arbeitgeber verraten!

V.i.S. d.PG Marburger Bund Landesverband Bayern Dr. Christoph Emminger Landesvorsitzender, Jan Hesse Kreisvorsitzender München Alle: Bavariaring 42, 80337 München; Telefon 089 / 725 30 56, email: Geschaftsstelle@marburger-bund-bayern.de

→ In diesem Zusammenhang steht auch der Vertrag Zukunftssicherung (ZUSI), nach dem Belegschaften zugemutet werden kann, auf bis zu 10 Prozent ihres Lohns/Gehalts zu verzichten. Das Geld steht der Klink dann für Innovationen / Investitionen zu Verfügung. Die Beschäftigten erhalten als Gegenleistung einen Verzicht des Arbeitgebers auf Kündigungen und einen sog. Genusschein, das ist ein Wertpapier, das im Falle fort dauernder Verluste oder gar der Insolvenz wertlos wird.

Diesen Vertrag kritisiert Michael Wendl, weil er das unternehmerische Risiko auf die Beschäftigten überwälzt. Er merkt ironisch an, dass der Vertrag wohl kaum zur Anwendung kommen könne, während der Marburger Bund bis zu 30 Prozent Gehaltsaufbesserung fordere.

Das Verhalten des Marburger Bundes.

Zum heutigen Tag hat der Marburger Bund erklärt, die Auseinandersetzung so weiterführen zu wollen, dass – wo es möglich sei – Haustarife geschlossen werden. Wo nicht, da eben nicht. Damit antwortet der MB auf dasselbe Problem – nicht alle Kliniken arbeiten mit vergleichbarer Kostenstruktur – auf eine noch problematischere Weise als ver.di mit dem Tarifvertrag ZUSI. Während ver.di um die Einheitlichkeit der Löhne und Gehälter kämpft, geht der Marburger Bund forscht und fröhlich auf eine Differenzierung der Gehälter der von ihm vertretenen Ärztinnen und Ärzte zu. Der MB ist als Tarifpartei noch unerfahren und weiß nicht, wie gleichberechtigte Verbandsmitglieder reagieren, wenn sie ungleich behandelt werden.

Die Situation an den Kliniken. Mit dem Ablauf dieses Jahres ist sicher, dass im Klinikbereich von verschiedenen Organisationen Tarife abgeschlossen werden. Auf diese Entwicklung könnte man mit einem Verdrängungswettbewerb antworten. Dieser Hintergedanke spricht aus den Polemiken von ver.di, aber auch des Marburger Bundes. Dagegen spricht nicht nur, dass sich am Ende Angehörige beider Organisationen über denselben Patienten begegnen, auch in den Betriebsräten bzw. den Personalräten steht man den Arbeitgebern gemeinsam gegenüber.

Ver.di, als die erfahrene Organisation, wird einen Weg finden müssen, die Aktivitäten der Marburger Bündler im Rahmen Bündnisstrategie für die Interessen aller Lohnabhängigen im medizinischen Sektor nutzbar zu machen.

Über dem ganzen aktuellen Ärger sollte nicht übersehen werden, welch großer Fortschritt für die Gewerkschaftsbewegung vorliegt, wenn ein so großes und strukturell eher konservativ eingestelltes Publikum wie die Ärzteschaft zum Mittel des Arbeitskampfes greift und zwar mit dem Ziel kollektiver Verträge. *Martin Fochler*

Commerzbank:

„Service-to-Perform“ = Stellenabbau-trotz-Profit

FRANKFURT. Auch die Commerzbank hat unter dem sinnfreien Motto „Service-to-Perform“ (STP, freie Übersetzung der Beschäftigten: Stellenabbau-trotz-Pro-

fit) einen weiteren Abbauplan, per Saldo über 900 Stellen mit Schließungen in 8 Städten (Bielefeld, Bremen, Essen, Kiel, Köln, Leipzig, Saarbrücken und

Wuppertal) verkündet. Der Standort Prag (neue Begrifflichkeit „nearshoring“) soll ausgebaut, „einfachere und standardisierte Prozesse“ sollen dorthin sowie in drei außerhalb der Gelung des Banktarifs zu gründende Servicegasellschaften in Erfurt, Magdeburg und Hamm verlagert werden. Der Vorstand (Durchschnittsbezüge in 2005 2,2 Mio. Euro) will bei den Beschäftigten das Lohnniveau von so genannten „freien Servicedienstleistern“ erreichen und träumt von einer Lohnkostensenkung von „ca. 20.000 Euro per anno“! Gegen diese Pläne demonstrierten am 13.7. über 1000 Beschäftigte vor der Commerzbankzentrale (Fotomontage), Delegationen kamen aus der gesamten Republik. *gst*



Daimler-Chrysler in Möhringen

Protestaktion gegen den Stellenabbau bei Angestellten

STUTTGART. Daimler Chrysler plant die Verlagerung z.B. der Buchhaltung nach Tschechien oder Indien. Der Betriebsrat konnte jetzt durchsetzen, dass der Stellenabbau von 6000 bis Ende 2008 nicht durch Änderungskündigungen sondern auf „freiwilliger Basis“ mit Abfindungen, Frühpensionierungen und ähnlichem erfolgen soll.



Aus: Münchener Lokalberichte Nr. 15

Der Parteivorstand der Linkspartei.PDS protestierte am 11. Juli **gegen die Überwachung von Mitgliedern und Funktionsträger/innen der Linkspartei.PDS durch den Verfassungsschutz**. In der Erklärung heißt es:

„Aus verschiedenen Einlassungen des Verfassungsschutzes entnehmen wir, dass die Linkspartei.PDS, die mit einer Fraktion im Deutschen Bundestag vertreten und in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit der SPD an den Landesregierungen beteiligt ist, offenbar komplett und systematisch unter Beobachtung steht. Diese Beobachtung wird damit begründet, dass die Linkspartei.PDS „insgesamt in ihren programmatischen Aussagen und ihrer politischen Praxis tatsächliche Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen“ gebe. Aus dieser Aussage wird abgeleitet, dass schon eine normale Funktionstätigkeit für die Linkspartei.PDS einen „konkreten und verdichteten Verdacht in bezug auf extremistische Bestrebungen“ und damit Überwachung erlaube.“

Diese Überwachung wird auch auf demokratisch gewählte Volksvertreter/innen – bis hin zu Mitgliedern des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments – ausgedehnt. Damit wird eine neue Qualität der Beispitzelung einer demokratischen Partei und ihrer Funktionsträger/innen erreicht, unabhängig davon, ob sie Abgeordnete/r, Minister/in oder Bürgermeister/in sind. Das stellt eine Umkehr der Aufgaben des Verfassungsschutzes dar: Die Volksvertretungen sollen den Geheimdienst kontrollieren und nicht umgekehrt!

Der Verfassungsschutz wird missbraucht, missliebige politische Gegner als Staatsfeinde zu brandmarken. Mit einem solchen Vorgehen wird oppositionelle demokratische Tätigkeit unter Generalverdacht gestellt. Demokratisches politisches Engagement wird behindert. Der Verdacht liegt nahe, dass alles, was links von der SPD steht, überwacht wird.

Die Mitglieder und Funktionsträger/innen der Linkspartei.PDS werden sich politisch und mit juristischen Mitteln gegen die Überwachung durch den Verfassungsschutz zu Wehr setzen.

Der Parteivorstand fordert die sofortige Einstellung der Überwachung von Mitgliedern und Funktionsträger/innen der Linkspartei.PDS!“

Bedingungsloses Grundeinkommen?

Am 17. Juli legte die „Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen in und bei der Linkspartei.PDS“ (BGE) in Konzept für ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ vor. Kernpunkte:

950 Euro für jede/n, Gesamt-Finanzierungsvolumen: 855 Mrd. Euro pro Jahr. In der Presse gab es kaum Berichte darüber – das ist vermutlich auch gut so. Bei denen, die berichteten, ernteten die Verfasser/innen Hohn und Spott. Selbst die *junge welt* bittet darum, vernünftig zu argumentieren. Hier ihr Bericht vom 18.7.:

Neben der Spur. 950 Euro für jeden, ohne Bedürftigkeitsprüfung, ohne Arbeitszwang: Arbeitsgemeinschaft der Linkspartei stellte Konzept für bedingungsloses Grundeinkommen vor

(...) In einem offenen Brief an die gemeinsame Programmgruppe von Linkspartei und WASG wird das Konzept unterstützt von rund hundert Unterzeichnern aus beiden Parteien, darunter der stellvertretenden Linkspartei-Vorsitzenden Katja Kipping, den Bundestagsabgeordneten Karin Binder, Jan Korte, Michael Leutert, Elke Reinke, dem WASG-Bundesvorsitzendem Felicitas Weck und vielen anderen.

Tolle Idee: „Jedem Menschen ab 16 Jahren“ soll ein „individuelles, nicht an eine Bedürftigkeitsprüfung und nicht an eine Arbeitsverpflichtung geknüpftes Grundeinkommen garantiert“ werden, in Höhe von 60 Prozent des derzeitigen durchschnittlichen Nettoeinkommens. Kinder bis zum 16. Lebensjahr bekommen die Hälfte. Das „BGE“ würde, ginge es nach dem Wunsch seiner Verfechter, an ausnahmslos „alle Menschen, unabhängig davon, ob sie einer Erwerbsarbeit nachgehen bzw. wie viel sie verdienen, gezahlt“. Im Gegenzug zu seiner Einführung könnten die meisten steuerfinanzierten Sozialleistungen (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, BAföG, Erziehungsgeld, Kindergeld) ersatzlos wegfallen.

Kosten würde die Angelegenheit nach den Berechnungen der Autoren rund 855 Milliarden Euro pro Jahr. Die Zahl deckt sich in etwa mit den Angaben der Memorandum-Gruppe „Alternative Wirtschaftspolitik“, die bei einem angenommenen Grundeinkommen von 1000 Euro einen Finanzierungsbedarf von einer knappen Billion sieht. Diese Summe entspricht etwa 95 Prozent des Gesamtbudgets der öffentlichen Haushalte. Zusätzliche Einnahmen müssen also her, und die will das Linkspartei-Konzept generieren durch: eine 35prozentige Sozialabgabe auf alle sonstigen Einkommen ab dem ersten Euro, eine Börsenumsatzsteuer, Sachkapitalsteuer, Primärenergie-, Vermögens-, Luxusmehrwert- und Devisenhandelssteuer (Tobin Tax).

Das klingt alles zu schön: Wenn nur jede und jeder ihre/sein monatliche Alimentationszahlung aufs Konto überwiesen kriegt – was für Perspek-

tiven „demokratischer Teilhabe“ würden sich eröffnen, kam Linkspartei-vice Katja Kipping bei der Konzeptpräsentation ins Schwärmen. Der „Arbeitszwang“ fielet von uns ab, Menschen hätten die Möglichkeit, sich „selbstbestimmt für eine Tätigkeit zu entscheiden“. Das „BGE“ würde als „Katalysator für Arbeitszeitverkürzung“ wirken. Die Verhandlungsposition jener, die ihre Arbeitskraft trotzdem noch verkaufen (müssen? wollen?) – nicht zuletzt auch der Gewerkschaften – gegenüber dem Kapital wären „deutlich besser“, ja, das BGE könnte sogar ein Einstieg in eine tiefgreifende „Demokratisierung der Wirtschaft“ sein.

Vernünftig argumentieren

Unklar blieb am Montag, wie das höchst komplexe Umsonst-Geld-für-alle-Konzept politisch durchgesetzt werden soll. Noch dazu in Zeiten, da sich Unternehmertum und Establishment vehement und mit Erfolg gegen viel elementarere Forderungen wie Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung sperren. Dinge, um die durchaus reale Kämpfe geführt werden und die im Nachbarland Frankreich bereits Gesetz sind – offensichtlich also, eine robuste Massenmobilisierung vorausgesetzt, auch politisch durchsetzbar.

Stattdessen setzen die BGE-Verfechter auf die Kraft des vernünftigen Arguments. Mittelfristig – über einen Zeitraum von zehn bis 15 Jahren – glauben sie, mit ihrer Idee die gesellschaftliche „Hegemonie“ erobern zu können. (...) Ja, das wäre ein Schlaraffenland! Andererseits: Geld allein macht auch nicht glücklich.

Mecklenburg-Vorpommern: Gute Umfragewerte für Linkspartei.PDS

Auf der Homepage der Linkspartei.PDS Mecklenburg-Vorpommern (www.landtagswahlen-2006.de) finden sich die Ergebnisse der beiden letzten Umfragen. Danach liegt die Linkspartei.PDS weit über ihrem letzten Wahlergebnis aus 2002, die CDU bleibt gleich, die SPD verliert deutlich. Hier die Umfragen:

Wahlumfrage des NDR (infratest dimap) vom 12.7.: CDU: 32%, SPD: 31%, Linkspartei.PDS: 21%, FDP: 7%, Grüne: 4%, NPD: 3%, Sonstige: 2%.

Wahlumfrage des Meinungsforschungsinstitut tns emnid vom 12.6.: CDU: 31%, SPD: 30%, Linkspartei.PDS: 23%, FDP: 7%, Grüne: 4%, NPD: 4%, Sonstige: 1%.

Zum Vergleich das Ergebnis der letzten Landtagswahl am 22. September 2002: CDU 31,4%, SPD 40,6%, PDS 16,4%, FDP 4,7%, Grüne 2,6%, NPD+Reps+Schill-Partei 2,8%, Sonstige 1,5%.

Zusammenstellung: rül

Fußball und Rassismus

In der letzten Ausgabe der Politischen Berichte hatten wir die These aufgestellt, dass während der FIFA-WM keine rassistische Gemeinschaftsbildung erfolgt sei¹. Der Sport, war in dem Artikel ausgeführt, auch der vergleichende Leistungssport, könne auf rassistischer Grundlage nicht organisiert werden, weil er die Anerkennung der Teilnehmenden als Gleiche und Gleichberechtigte voraussetze.

Dem scheint entgegenzustehen, dass Manifestationen von Rassismus und Antisemitismus in den Fußballstadien an der Tagesordnung sind, dass sie Fußballveranstaltungen in allen Ligen begleiten, und zwar nicht nur in Ostdeutschland. Ja, dass solche Begleiterscheinung mehr oder weniger überall (zumindest) in Europa festzustellen sind. Nach dem Sieg der italienischen Mannschaft im WM-Finale verliehen Fans im Zusammenhang des Massenjubels in Rom ihrem Triumphgefühl Ausdruck durch Hakenkreuzschmierereien im alten jüdischen Viertel. Roberto Calderoli, Lega-Nord-Politiker und ehemals Minister im Kabinett Berlusconi, interpretierte flugs das Ergebnis des WM-Finales als „Sieg für unsere Identität“: Italien habe gegen ein Team gewonnen, „das um der Ergebnisse willen die eigene Identität verloren hat, indem es Neger, Muslime und Kommunisten aufgestellt hat“, während Italien mit einer Mannschaft aufgetreten sei, „die sich aus Lombarden, Kampaniern, Venetianern und Kalabresen zusammensetzt“.²

Fairness

Diese Erscheinungen sind bedrohlich, aber sie widersprechen der These nicht. Das Fußballspiel und der Fußballbetrieb leben davon, dass das Ergebnis im Spiel ermittelt wird und nicht vorher festgelegt wird, indem es etwa zwischen den Beteiligten vereinbart wird, oder willkürlich entschieden wird, z.B. durch diskriminierende Schiedsrichterentscheidungen. Im Gegenteil gerät der gesamte Betrieb in die Krise, wenn die Spielergebnisse manipuliert werden, wie im Bundesliga-Skandal 1971 – im Jahr darauf sanken die Zuschauerzahlen von über 6 auf knapp über 5 Millionen – oder gegenwärtig in Italien. Für alle Beteiligten gelten die gleichen Regeln, so dass – wenn auch oft Glück oder Pech im Spiel ist, was dann zu als ungerecht empfundenen Ergebnissen führt – letztlich doch die Fähigkeiten der Mannschaften den Ausschlag geben, Technik, Zusammenspiel, Spielintelligenz, Kraft, Ausdauer, Konzentration.

Mehr noch: Selbst unter der Bedingung höchst ungleich finanziert starker Vereine³ setzen die Mannschaften im Spiel im Prinzip gleiche Mittel ein. Das heißt, dass nicht nur jeder kleine Verein der Bundesliga jeden großen schlagen kann, sondern im DFB-Pokal können auch Amateurmannschaften Profimannschaften schlagen und tun es immer wieder; nicht zuletzt darauf beruht der Reiz des Pokals. Das alles ist mit einer Struktur, die nach spieletremden Kriterien diskriminiert, nicht vereinbar. Ausschließungsmaßnahmen müssen sachlich begründet sein.⁴

Zwei weitere Entwicklungen jüngeren Datums wirken der Organisation des Fußballs auf rassistischer Grundlage weiter entgegen. Zum einen die Modernisierung des Spiels, die Ende der 60er/Beginn der 70er Jahre einsetzte und in den 90ern einen großen Schub erhielt: die Entfaltung der artistischen Potenziale des Spiels (gegenüber denen des Kampfs) durch die Entwicklung einer raumorientierten Spielweise, die unter anderem und nicht zuletzt zu einer Enthierarchisierung der Mannschaften, zu Änderungen der Trainingsmethoden weg vom Drill und der Entmündigung der Spieler, zu einer Demokratisierung des Fußballs führt.⁵ Zum anderen die im Zuge der Kommerzialisierung vorangetriebene Internationalisierung des Fußballs. Das Bosman-Urteil 1995 hob die gravierende Einschränkung der Freizügigkeit für Fußballspieler aus und in der EU auf, d.h. schaffte die Beschränkung für ausländische Fußballer aus der EU in den europäischen Ligen ab, wogegen sich gerade der DGB lange und verbissen gewehrt hatte. In der Folge nahm der Anteil ausländischer Fußballspieler in den Bundesliga-Kadern rasant zu, 2003 stieg er erstmals auf über 50%, nachdem bereits 2001 ausgerechnet mit dem ostdeutschen Verein Energie Cottbus mit einem starken Block offen rassistischer Fans erstmals eine Mannschaft ohne deutschen Spieler angetreten war. Auch die Widerstrebendsten wie der seinerzeitige VFB-Stuttgart-Präsident Mayer-Vorfelder verpflichteten zunehmend Spieler ohne deutschen Pass, um konkurrenzfähig zu bleiben. Vor allem im internationalen Vergleich, vor allem der Champions League, könnten deutsche Vereine ohne die zahlreichen ausländischen Spieler nicht mithalten; das gilt im Übrigen für die Vereine anderer europäischer Ligen ähnlich. Interessanterweise ist der Anteil ausländischer Spieler jedoch in keinem anderen EU-Land so hoch wie in Deutschland. Diese Entwicklung im Fußball steht in deutlichem Widerspruch zur restriktiven Einwanderungspolitik der BRD und auch zur reaktionären Leitkulturdiskussion.⁶

Rassismus im Fußballstadion

Doch wie oben schon angesprochen, ist das Fußballstadion in vielen Fällen ein Aktionsfeld für die extreme Rechte und Schauplatz rassistischer, antisemitischer und rechtsextremer bzw. neofaschistischer Ausschreitungen. Symptomatisch ist der „Fall“ des nigerianischen Spielers des ostdeutschen Vereins FC Sachsen Leipzig, Adebawale Ogungbure: Wo immer er aufs Spielfeld läuft oder an den Ball kommt, beginnen die Fans der gegnerischen Mannschaften ihn zu beschimpfen oder wie Affen zu brüllen. Als er vor einem Jahr einmal in Reaktion auf das Gorillaorchester auf den Tribünen sich zu den Fans drehte und den Arm zum Hitlergruß hob, stürmten diese das Spielfeld, prügeln und würgten ihn und riefen vor laufender Fernsehkamera zur Lynchjustiz auf. Nur der großen öffentlichen Aufmerksamkeit, die die Auseinandersetzung fand, war zu verdanken, dass ein von der Staatsanwaltschaft flugs eingeleitetes Ermittlungsverfahren gegen Ogungbure (wegen Zeigens verfassungsfeindlicher Symbole) eingestellt wurde.

Am weitesten fortgeschritten scheint die bedrohliche Entwicklung in Italien, wo die Zahl aktiver rechtsextremistischer bzw. neofaschistischer Fußballfans auf rund 50.000 geschätzt wird. Die organisierte Fan-Szene, die bis in die 70er und 80er Jahre als links galt, rechnet sich seit den 90er Jahren zunehmend dem äußerst rechten Lager zu. Antirassistische Initiativen gehen davon aus, dass rund ein Drittel der Ultra-Fan-Gruppen⁷ rechts politisiert sind, Tendenz steigend. Hochburgen der Rechten sind die Fan-Szenen von Lazio Rom, Hellas Verona und Inter Mailand⁸. Hakenkreuz- und SS-Fahnen, Transparente mit Mussolini-Zitaten oder antisemitischen Parolen sind bei Spielen insbesondere des römischen Vereins Lazio keine Seltenheit, sondern gang und gäbe.

Dabei fällt zweierlei auf: Erstens verlief diese rechtsextreme Politisierung der Fanszene keineswegs im Selbstlauf. Sie geht vielmehr in erheblichem Ausmaß auf eine gezielte Strategie der Infiltration durch die Neofaschisten zurück. Die Ultra-Fan-Clubs von Lazio Rom und inzwischen auch des Konkurrenzverein AS Rom sind eng mit neofaschistischen Organisationen vernetzt, vor allem der Forza Nuova und andere Mitgliedsorganisationen des neofaschistischen Bündnisses „Alternative Sociale“. Die Frontfiguren dieser Gruppierungen, Alessandra Mussolini und Roberto Fiore, zeigen sich gerne im Stadion.

Zweitens hätten die Stadien nicht in diesem Ausmaß zum Aktionsfeld von Rassismus und Neofaschismus werden können, hätten die Vereine dies nicht geduldet. Wenn der Präsident von Hellas Verona – die Stadt ist eine Hochburg der



Links: Die Kurve wird in Rot-Weiß getaucht. Zur Herstellung von Riesentransparenten wie dieser werden Hunderte von Arbeitsstunden aufgebracht. Rechts: Hasstransparente sind keine Seltenheit. Im Spiel Cottbus-Dresden am 5.12. entfalten Fans aus Cottbus ein antisemitisches Transparent. Das „D“ ist der Schriftzug des Dresdner Vereins.



Lega Nord – nach rassistischen Exzessen von Fan-Gruppen auf die Einstellung afrikanischer Spieler mit dem Hinweis auf den Willen der Fans verzichtet, leistet er dem Rassismus Vorschub. Als der mit dem Duce-Schriftzug tätowierte Kapitän von Lazio Rom, Di Canio, in mehreren Spielen unter dem Beifall der Kurve mit ausgestrecktem Arm grüßte, fand er bei Mussolini und Konsorten unverhüllte Zustimmung und vom Vereinspräsidenten bis zum seinerzeitigen Ministerpräsidenten Berlusconi entschuldigendes Verständnis.⁹ Aus der spanischen Liga ließen sich viele Beispiele dafür finden, dass Vereinsführungen rassistische Ausschreitungen von Fans bestreiten, Verständnis äußern oder zumindest dulden. Mehrfach wurden spanische Trainer zu rassistischen Einpeitschern, so im November 2004, als Nationaltrainer Aragonés den Franzosen Thierry Henry als „schwarze Scheiße“ bezeichnete, ohne dass ihn der Verband feuerte. Und um ein Beispiel aus der Bundesrepublik zu nennen: Die gewalttätigen Ausschreitungen von Fans des Berliner Vereins BFC Dynamo werden vom Vereinspräsidenten stets noch klein geredet, der vom Verein eingesetzte Fanbeauftragte Lüdtke deckt und rechtfertigt Fan-Partys mit Hakenkreuztattoos und Reichskriegsflagge.¹⁰

Insgesamt lassen sich die Erscheinungen nicht als Beweis für rassistisches Potenzial des Fußballs oder des Sports allgemein anführen. Ihre Bedingungen sind nicht, jedenfalls nicht in erster und zweiter Linie, das Fußballspiel / der Sport, sondern gesellschaftliche Entwicklungen. Wie insbesondere in Italien deutlich wird, können sich Rassismus und Neofaschismus in den Stadien artikulieren, weil und insofern erhebliche Teile der Gesellschaft, vor allem der Mittelklassen, mehr oder weniger offen mit dem Faschismus sympathisieren.

Warum das Stadion zur Bühne für Rassismus und Neofaschismus werden kann

Aber damit ist die Frage nicht beantwortet, warum für rassistische und neo-

faschistische Bewegungen Fußballstadien überhaupt zu einem Aktionsfeld werden können, und zwar zu einem wichtigen, und warum nicht unbedeutende Fan-Gruppierungen so anfällig sind. Hier gibt es wahrscheinlich mehrere Momente, die hier nicht erschöpfend behandelt werden.

Ein Moment hängt mit der Problematik des kollektiven Rauschs zusammen, der die Zuschauermassen im Fall des Sieges der eigenen Mannschaft leicht die Distanz zum Spiel völlig verlieren lässt und sich zum kollektiven Triumphgefühl, verbunden mit Schmähungen des „Gegners“ steigert. Das gebändigte, aber noch vorhandene Element des Kampfs bietet dem Triumph und der Schmähung und ihrer überheblichkeits-wahnhaften und rassistischen Wendung einen Anhaltspunkt.

Ein zweites Moment besteht darin, dass die Kommerzialisierung, die Entstehung regelrechter Konzerne, und Internationalisierung des Fußballs vor allem durch die Einrichtung der Champions League in Konflikt geraten ist mit einer spezifischen „proletarischen“ Fankultur. Innerhalb weniger Jahren haben sich die Einnahmen der 36 Profivereine der Bundesliga vervielfacht, und zwar vor allem durch Fernsehgelder, Merchandising und Vermarktung. Die Fernsehgelder – durch Verkauf der Fernsehrechte wurden 1987/88 18 Mio. DM, 2005/2006 300 Millionen Euro erzielt! – sind längst zur wichtigsten Einnahmequelle avanciert.

Hier zeichnet sich ein Dilemma ab. Auf der einen Seite ist der Zuschauer im Stadion und insbesondere der Fan kein Beiwerk, sondern Teil des Spiels. Die Fan-Choreographie bringt Emotionalität ins Spiel, emotionale Wogen schwappen zwischen Spielfeld und Rängen hin und her und beeinflussen das Spiel, das vor leeren Rängen so überhaupt nicht gespielt werden könnte. Andererseits aber sehen sich die Fans, die um ihre Bedeutung wissen, an den Rand gedrängt. In Dokumenten der Ultra-Bewegung schlägt

sich das z.B. in folgenden Klagen nieder: „In den Köpfen der Funktionäre nimmt die Zukunft bereits Gestalt an: es wird der gezähmte Fan erwünscht, der moderate Stimmung verbreitet, aber nur so viel, wie als Hintergrundeinspielung für die Fernsehübertragung notwendig ist, der brav applaudiert, wenn man es verlangt, und ansonsten still auf seinem Platz sitzt. Es wird keinen Platz mehr für Ultras geben. Es gibt eine UEFA-Richtlinie, die besagt, dass die Fans sitzen müssen, man will keine Fans, die aktiv am Spiel teilhaben, man will die Art von Zuschauer, die man in einem Kino oder einem Theater antrifft. Diese Menschen verstehen nicht, dass Fußball unser Leben ist, dass wir für unseren Verein leben, dass wir unsere Schals und unsere Kleidung tragen, die unsere Stadt oder Region repräsentiert. All die „Kurven“ dieser Welt sollten in diesem Fall zusammenhalten und eine mächtige Einheit gegen die Fußball-Fabrik bilden.“¹¹

Diese Haltung ist in mehrfacher Hinsicht ambivalent, wie in den in diesem zitierten „Manifest“ geforderten „Fußballregeln“ schon erkennbar wird. Diese sehen eine Einschränkung der Freiheit und damit der Arbeitnehmerrechte der Spieler vor, die stärker an den Verein gebunden sein sollen, eine „Begrenzung der ausländischen Spieler, um den heimischen Nachwuchs zu fördern“, und die Ersetzung der Champions League durch den



früheren Landesmeisterpokal. Vor allem führt das „Wir leben für unseren Verein“ leicht zu einer reaktionären Gemeinschaftsbildung, die als Verrat empfindet, wenn es den Spielern am Leben-für-den-Verein zu mangeln scheint, und dann in Hass und Aggression umschlägt. So liest man, um aus den zahllosen Fan-Foren ein Beispiel herauszutragen, auf den Seiten eines Fanclubs von Dynamo Dresden nach einer Niederlage: „Dynamo nenne ich die Gurken in Gelb aus dem einfachen Grunde nicht, weil diese Jungs es einfach nicht verdient haben, mit einem Weißen D auf weinrotem Grund aufzulaufen. (...) Wenn man spielerisch so unterlegen ist, muss ich den Gegner einfach mal umholzen. Manch Spieler kann wirklich froh sein, dass er in Deutschland seinem Beruf nachgehen kann. In anderen Ländern werden nach solchen Spielen ... den Spielern beim nächsten Training mal deftig die Leviten gelesen. Aber was nicht ist, kann ja noch werden.“

Ein drittes Moment scheint darin zu bestehen, dass sich die allermeisten Fan-Clubs nicht nur über Verbundenheit mit dem Verein, sondern über „Feindschaften“ definieren, Aachener Fan-Clubs leben in „Feindschaft“ mit Köln, Kölner mit Mönchengladbach und Leverkusen, Fan-Clubs des FC St. Pauli in „Feindschaft“ mit dem HSV usw. usf.¹² In dieser Identitätsstiftung durch „Feindschaften“ liegt eine im Kern rechte Politisierung. Die zivilisierenden Momente des Fußballspiels als

Spiel mit gleichen Mitteln, mit für alle gleichen Regeln, mit einem durch Schiedsrichter überwachten Kanon des Fair Play, als Spiel, das die Erkenntnis fördert, dass „die anderen auch spielen können“ – diese zivilisierenden Momente werden durch die Organisierung von „Feindschaften“ aufgehoben, das „Militärische“ entfesselt, wenn nicht auf dem Spielfeld, so auf den Rängen, gegenüber den „gegnerischen“ Fans (vor und nach dem Spiel), und am offensichtlichsten gegenüber den Spielern der „gegnerischen“ Mannschaften (selten auch der eigenen), die als Sinnbild des „Fremden“, des „Anderen“ ausgemacht werden.¹³

„Die Rassisten sollen draußen bleiben!“

In einem Interview-Gespräch u.a. mit Gerald Asamoah, Schalker Nationalspieler ghanaischer Herkunft, wird, schreibt Theweileit¹⁴, ein gravierendes Verhaltensgefälle zwischen deutschen Stadien deutlich. „Das obligate Affengrundeln in einigen ostdeutschen Stadien und Städten wurde häufig in Presseberichten dokumentiert. Auch Stuttgart kommt schlecht weg, mit Zuschauern wie ‚Husch, husch, Neger in den Busch‘. (...) In den Städten Hannover oder Gelsenkirchen, sagt Asamoah, stieß er dagegen kaum auf gegen ihn gerichtete rassistische Verhaltensweisen.“ Das spricht dafür, dass die Vereine erheblichen Einfluss darauf haben, ob es zu rassistischen Kundgebungen kommt oder nicht.

Aufgrund des eifrigen Wirkens anti-

rassistischer Initiativen¹⁵ hat die FIFA vor einigen Jahren damit begonnen, Rassismus zu ächten. Beim WM-Endspiel etwa wurden Tausende Antirassismus-Fanzines und Flugblätter in italienischer und französische Sprache verteilt mit Stellungnahmen der beiden Kapitäne Fabio Cannavaro und Zinedine Zidane. Letzterer erklärte: „Der Rassismus hat in unserer Gesellschaft nichts zu suchen – und schon gar nicht im Fußball. Es ist unmöglich, diesen Sport zu lieben, ihn engagiert zu betreiben oder eine Mannschaft zu unterstützen und gleichzeitig rassistisch oder fremdenfeindlich eingestellt zu sein. Die durch den Fußball vermittelten Werte sind das genaue Gegenteil von Rassismus, denn Rassismus fördert Ausgrenzung und den Hass. Fußball hingegen bringt die Völker bei einer Veranstaltung zusammen, die allen Freude macht. Die FIFA-WM ist ein magisches Ereignis, ein Fest für alle Spieler und Fans. Alle vier Jahre erleben wir eine einzigartige Zeit der Begegnung, der Teilnahme und der Freude. Die Rassisten sollen draußen bleiben!“

Im März verabschiedete die FIFA einiges Änderung ihres Reglements, die zum 1. Juli in Kraft trat. Nun gilt für alle Ligen, „dass bei diskriminierendem oder menschenverachtendem Verhalten eines Spielers, Offiziellen oder Zuschauers, das einer Mannschaft zugeordnet werden kann, der betreffenden Mannschaft bei einem ersten Vergehen automatisch drei Punkte abgezogen werden“. Im Wiederholungsfall verliert der Klub

Tertullian De spectaculis

In der antiken Gesellschaft, besonders gut dokumentiert für das römische Reich, waren Spiele, vom religiösen Mysterienspiel über das Schauspiel hin zum Waffenspiel, Staatskultur und schon deswegen Gegenstand der Kritik der frühen Christen. Von dem Kirchenlehrer Tertullian* ist die umfassend angelegte Schrift „Über die Schauspiele“ erhalten und in deutscher Sprache zugänglich**.

„Gott hat befohlen, mit dem Heiligen Geist, der vermöge der Vorzüge seiner Natur schon zart und empfindlich ist, in Ruhe und Milde, in Stille und Seelenfrieden umzugehen, ihn nicht durch Wut und Grimm, durch Zorn und Verdruss zu stören. Wie lässt er sich aber bei der Teilnahme an den Spielen bewahren? Kein Schauspiel geht vor sich ohne starke geistige Erregung. Denn wo es sich um Vergnügen handelt, da ist auch Interesse dafür da, wodurch natürlich das Vergnügen erst seine Anziehungskraft bekommt, und wo Interesse ist, da ist auch Neid und Eifersucht, wodurch das Interesse erst seine Anziehungskraft bekommt. Wo aber

Neid und Eifersucht ist, da ist auch Wut, Ärger, Verdruss und so weiter infolge der Dinge, welche samt diesen Affekten mit der sittlichen Zucht unvereinbar sind. Denn wenn auch jemand nach Verhältnis seiner Würde, seines Alters oder Naturells mit Mäßigung und Anstand die Schauspiele genießt, so ist er doch nicht unbeweglichen Geistes und ohne verborgene Leidenschaft der Seele. Niemand geht zu einem Vergnügen ohne einen Affekt; niemand erfährt einen Affekt ohne besondere Zufälle. Der Affekt wird eben durch Zufälle hervorgerufen. Wenn aber der Affekt aufhört, so ist auch kein Vergnügen mehr vorhanden, und man ist dann schon eines törichten Beginnens schuldig, indem man dahin geht, wo nichts erfolgt.“

Diese Polemik setzt an den konkreten Kulten, etwa dem Gladiatorenspiel oder der inszenierten Abschlachtung von Verurteilten oder auch Gefangenen, bloß an, letztlich geht es um den Verlust von Kritikvermögen und Urteilstatkraft beim Publikum inszenierter Massenveranstaltung, bei der sich die Affekte aus der Kontrolle des Gewissens, oder wenn man lieber so sagen

will, des Verstandes, lösen. Der Kern dieser Kritik an der Massenveranstaltung hat sich bis heute erhalten. Sie ist scharfsinnig, aber hilflos. Sie sieht nicht, dass die Definition der Regeln des Spiels, das es zu sehen gibt, mit der Richtung der Affekte zu tun hat, es so nicht darum gehen muss, zum Tatbestand der inszenierten Massenveranstaltung „Ja“ oder „Nein“ zu sagen, sondern um deren Zivilisierung und Kultivierung bzw. ihre Brutalisierung und Entfesselung.

* <http://www.heiligenlexikon.de/Biographien/T/Tertullian.html>

Quintus Septimius Florens wurde als Sohn eines römischen Offiziers geboren und war nach seiner Ausbildung als Rechtsanwalt tätig. Zwischen 190 und 195 trat er zum Christentum über. 197 kehrte er von Rom nach Karthago zurück und wurde Presbyter der Kirche. Er schloss sich dem Montanismus an, der strenge ethische Regeln und Askese lehrte, und stieg bis um 207 zu einem seiner führenden Vertreter auf.

** <http://www.unifr.ch/patr/bkv/awerk.php>, Tertullian: Über die Schauspiele (De spectaculis) Tertullian, private und katechetische Schriften. Aus dem Lateinischen übersetzt von Dr. K. A. Heinrich Kellner. (Bibliothek der Kirchenväter, 1. Reihe, Band 7) München 1912.

sechs Punkte, beim dritten Mal ist der Zwangsabstieg vorgesehen. *scc, maf*

- 1 Nach dem Abschluss der FIFA-Fußball-Weltmeisterschaft: Angenehme Ernüchterung, PB 14, S. 5ff.
 - 2 Zitiert nach: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,426147,00.html>
 - 3 Selbst in der ersten Bundesliga war in der letzten Saison der Etat von Bayern München mit rund 60 Mio. Euro fast viermal so hoch wie der des 1. FC Kaiserslautern, um wie viel größer ist die Kluft zwischen 1. Bundesliga und Amateurligen.
 - 4 Die Studie „Rote Karten statt Integration. Eine Untersuchung über Fußball und ethnische Konflikte“ von Prof. Dr. Gunther Pilz zeigt allerdings, dass Sportgerichte bei vergleichbaren Vergehen dahin tendieren, gegen Jugendliche mit Migrationshintergrund deutlich höhere Sperren zu verhängen als gegen deutsche. http://www.erz.uni-hannover.de/ifsw/daten/lit/pil_eth.pdf
 - 5 Siehe dazu: Klaus Theweleit, *Tor zur Welt, Fußball als Realitätsmodell*. Theweleit führt einleuchtend aus, wie die raumorientierte Spielweise etwa das Oben-Unten-Gefüge – hier „Führungsspieler“ (Spielmacher etc.), dort „Wasserträger“ – zerlegt (in Deutschland später als anderswo); das komplexer werdennde Spiel stellt höhere Anforderungen an alle Spieler und an die Zusammenarbeit im Team.
 - 6 Allerdings sei hier auch auf die Kehrseite verwiesen. Die Entwicklung des Fußballs in Afrika leidet z.B. darunter, dass talentierte junge Spieler systematisch nach Europa weggeholt werden. Dabei ist oft Betrug im Spiel. Agenten aus Italien, Belgien, den Niederlanden oder Deutschland locken Minderjährige mit einer Handvoll Dollar nach Europa, jubeln ihnen dabei oft langjährige Verträge unter. Die Spieler bekommen sehr geringe Gehälter, bevor sie teuer weiterverkauft werden. Viele auch ganz junge Spieler landen in irgendwelchen Amateurligen, wo sie ein Leben als fußballerische Boat People fristen. Der kamerunische Fußballverband machte 2003 bekannt, dass mindestens 400 junge Kameruner in Europa spielen, aber nur 50 regelmäßig in einem Club. Man schätzt, dass sich allein in Italien rund 2500 afrikanische Spieler ohne Papiere aufhalten, die auf die oben genannte Weise ins Land geholt wurden.
 - 7 Die Ultra-Bewegung, die in den 50er und 60er Jahren in Italien entstand, entwickelte sich als Jugend-Subkultur seit Mitte der 80er Jahre in den meisten europäischen Ländern. Ultras sind Fans, die sich organisieren, um ihren Verein „immer und überall“ zu unterstützen: akustisch, z.B. durch Trommeln, durch „Pyro“, etwa bengalische Feuer, und durch farbenprächtige und kostspielige Choreographien. Über Geschichte und Selbstverständnis gibt die deutschsprachige Seite <http://www.forza-roma.de/index.html> Aufschluss.
 - 8 Paradoxerweise wurde Inter Mailand 1908 von Mitgliedern des Milan Cricket and Football Club, dem heutigen AC Mailand, gegründet. Grund der Abspaltung war, dass beim nationalistischen Milan CFC nur Italiener und keine Ausländer spielen durften. Der Name Internazionale wurde gewählt, um die Offenheit der Mannschaft für Spieler aller Nationalitäten zu demonstrieren. (Nach Wikipedia)
 - 9 Vom Fußballverband erhielt Di Canio eine Geldstrafe in Höhe von 10.000 Euro, was ihn nicht hinderte, die faschistische Provokation im Spiel gegen AS Livorno, dessen Fan-Umfeld als einziges in der Serie A in Italien noch als links gilt, zu wiederholen. Der als Kommunist bekannter Stürmerstar von Livorno,
- Lucarelli, musste übrigens im gleichen Zeitraum 30.000 Euro bezahlen, weil er seine Tore mit geballter Faust feierte
- 10 Siehe [taz vom 23.8.05.](http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,426147,00.html)
 - 11 Dieses Zitat stammt aus dem „Ultramanifest“ der Ultras des AS Rom, dieses wurde von Ultras in Deutschland mit geringfügigen Änderungen übernommen und findet sich auf zahlreichen Websites von Ultras aus den verschiedensten Städten, hier zitiert nach: <http://www.forza-roma.de/index.html>
 - 12 Die Seite www.forza-roma.de führt u.a. alle Ultra-Clubs von Aachen bis Zwickau auf und gibt für jeden Club an: Name, Homepage, Kontakte (meist leer), Feindschaften
 - 13 Der faschistische Staatsrechtler Carl Schmitt legt seinem Begriff des Politischen die Unterscheidung von Freund und Feind zugrunde. Der Feind ist danach „der andere, der Fremde, und es genügt zu seinem Wesen, dass er in einem besonders intensiven Sinne existenziell etwas anderes und Fremdes ist, so dass im extremen Fall Konflikte mit ihm möglich sind, die weder durch eine im voraus getroffene generelle Normierung, noch durch den Spruch eines „unbeteiligten“ und daher „unparteischen“ Dritten entschieden werden können.“ 14 a.a.O., S. 190f.
 - 15 Zu nennen ist vor allem FARE „Football against Racism in Europe“. Auf das Wirken von FARE geht z.B. zurück, dass die UEFA kürzlich einen Zehn-Punkte-Plan gegen Rassismus verabschiedete, mit dem auf die Vereine eingewirkt wird, rassistische Verhaltensweisen von Zuschauern und Spielern zu ahnden.

Der indische Ökonom Amartya Sen und seine „Ökonomie für den Menschen“

Entwicklung als Freiheit

„Ökonomie für den Menschen. Wege zur Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft“, lautet der Titel eines Bandes, in dem der indische Ökonom Amartya Sen, 1998 Gewinner des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften, seine wirtschaftswissenschaftlichen Ansichten einem breiteren Publikum unterbreitet.

Amartya Sen ist nicht irgendwer, auch wenn ihn die deutsche wirtschaftswissenschaftliche Debatte bisher kaum beachtet hat. Hierzulande kämpft man oftmals noch die Schlachten von vorgestern um „Angebots- oder Nachfrage-theorie“ und streitet über so wichtige Fragen wie die, ob Keynes noch lebt oder tot ist.

Anerkannter Ökonom von UNO und Weltbank

Wie international beachtet Amartya Sen ist, zeigt schon der Umschlag seines Buches, auf dem UN-Generalsekretär Kofi Annan ihn preist: „Die Armen und Besitzlosen dieser Welt können unter den Ökonomen keinen klareren oder kenntnisreichen Fürsprecher haben ... Seine Schriften haben Theorie und Praxis der Entwicklungspolitik revolutioniert. Die Vereinten Nationen haben bei ihrer eigenen Entwicklungspolitik

enorm von Amartya Sens Klugheit und Kompetenz profitiert.“

Die Weltbank bedankt sich in ihrem neuen „Weltentwicklungsbericht 2006“ (zu beziehen bei der Bundeszentrale für politische Bildung) im Vorwort ebenfalls besonders bei dem 1933 geborenen indischen Ökonomen, der heute an der Universität Cambridge lehrt.

Sen ist ein entschiedener Verfechter der Forderung, die wirtschaftliche Entwicklung nicht allein in Geldgrößen zu messen, sondern als Entwicklung menschlicher Freiheit und Verwirklichungschancen, wozu auch solche Daten wie Kindersterblichkeit, Seuchenbekämpfung, Lebenserwartung und die Qualität des Bildungswesens gehören. Scharf argumentiert er gegen Entwicklungstheorien, die den Abbau sozialer Einrichtungen und weniger Demokratie als angeblich notwendig für wirtschaftliche Entwicklungen einstufen. Das chilenische Militärregime beispielsweise, lange Jahre Musterkind aller „Angebotstheorien“ der wirtschaftlichen Entwicklung, ist mit seinen Theorien unvereinbar.

Der Grundsatz, dass Geld allein nicht alles ist, hat sich beispielsweise in den „Milleniumszielen“ der UNO niedergeschlagen, in denen neben der Beseitigung absoluter Armut (weniger als 1 Dollar Einkommen pro Tag) auch die Bekämpfung von Seuchen, die Verringerung der Kindersterblichkeit, die Bekämpfung von Analphabetismus und allen Formen von Zwangsarbeit, die Gleichberechtigung der Frau und weitere Ziele formuliert sind. International bekannt ist auch der „Human Development Report“, den UNO und Weltbank seit Jahren regelmäßig erstellen und in den solchen Daten zur Beurteilung der Entwicklung eines Landes einfließen. Die Bundesrepublik Deutschland beispielsweise liegt u.a. wegen ihres schlechten Bildungswesens in diesem Index regelmäßig schlechter als in internationalen Vergleichen nach Bruttonsozialprodukt pro Kopf. Der „Human Development Index“ gehe aber, so Sen, mehr auf das Wirken seines geschätzten pakistanischen Kollegen Mahbuh ul Haq zurück.

Smith, Marx, Bentham und Rawls als Quellen

Sen entwickelt seine „Ökonomie für den Menschen“ als eine Kombination aus Elementen des klassischen Liberalismus, des Marxismus, des Utilitarismus („Nützlichkeitstheorien“, insbesondere Jeremias Bentham) und der Gerechtigkeitstheorien von John Rawls. Allerdings haben alle diese Theorien in seinen Augen auch erhebliche Mängel, insbesondere den, dass sie die Freiheit der Person – verstanden als Handlungs- und Verwirklichungsfreiheit, also als Chance, sich persönlich zu entwickeln, sich Güter anzueignen und sie zu nut-

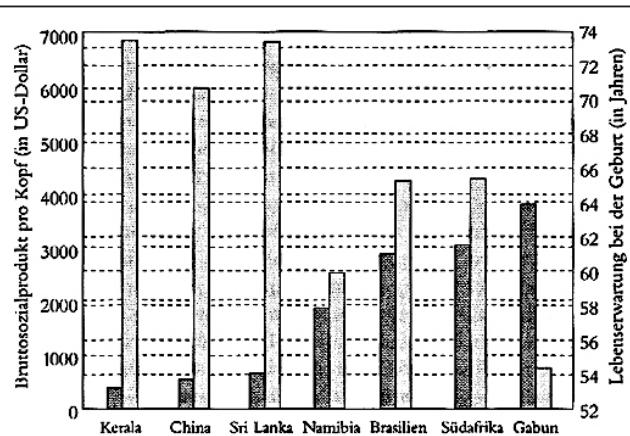


Abb. 2.1: Bruttonsozialprodukt pro Kopf (in US-Dollar) und Lebenserwartung bei der Geburt, 1994

Quellen: Daten der Länder 1994, Weltbank, *World Development Report 1996*; Daten für Kerala, Lebenserwartung 1989–1993, Sample Registration System zitiert in Government of India (1997), Department of Education, *Women in India: A Statistical Profile*; Inländische Produktionsleistung pro Kopf 1992–1993; Government of India (1997), Ministry of Finance, *Economic Survey 1996–1997*.

zen, an den öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen usw. – geringer schätzen als er.

An Adam Smith gefällt ihm nicht nur dessen Eintreten für Marktwirtschaft und Freihandel, sondern auch für ein öffentliches Bildungswesen. Wichtig ist ihm auch der Hinweis von Smith, dass ein „menschenwürdiges Leben“ erheblich unterschiedliche Güterausstattungen einer Person bedeuten kann. Smith hatte das in seinem Buch „Reichtum der Nationen“ am Beispiel von Schuhen und Kleidung entwickelt: Heute würden sich Menschen schämen, in Schuhen und Kleidung aufzutreten, die in früheren Zeiten als völlig ausreichend eingestuft worden seien. Der Hinweis von Smith, dass das Fehlen bestimmter Güter eine Verletzung der Menschenwürde darstellen kann, ist noch heute wichtig – beispielsweise beim Streit um die Regelsätze von Hartz IV und dem ihnen zugrunde liegenden Warenkorb.

An den Utilitaristen gefällt Sen ihre Forderung, soziale Einrichtungen nach deren „Nutzen“ für andere zu beurteilen und das „Wohl“ der betroffenen Menschen bei der Beurteilung sozialer Einrichtungen zu beachten. Kritik hat er dagegen an ihrer Indifferenz in Verteilungsfragen und an ihrer prinzipiellen Vernachlässigung von Rechten und Freiheiten. „Wir wollen nicht unbedingt glückliche Sklaven oder berauschte Vasallen sein“, stellt er fest, und erwähnt mehrfach kritisch Bentham's Beurtei-

lung von Menschenrechten als „Unfug“. Natürliche, angeborene Menschenrechte, wie sie heute in der Grundlage der UN-Charta sind, waren für Bentham sogar „Unfug auf Stelzen“. Das von den Utilitaristen geforderte „größte Glück der größten Zahl“ ließe sich beispielsweise bei drei Personen und einem Kuchen dadurch einhalten, dass zwei sich den Kuchen teilen und einer leer ausgeht. Mit Sens Forderung nach Verteilungsgerechtigkeit wäre eine solche Lösung unvereinbar.

An Marx gefällt ihm insbesondere dessen Eintreten für die Befreiung der Arbeit aus allen Formen von Abhängigkeit. Bei Sen findet sich das wieder in seiner scharfen Kritik an allen Formen von Zwangarbeit, insbesondere für Frauen und Kinder.

Bei Rawls schließlich fasziniert ihn

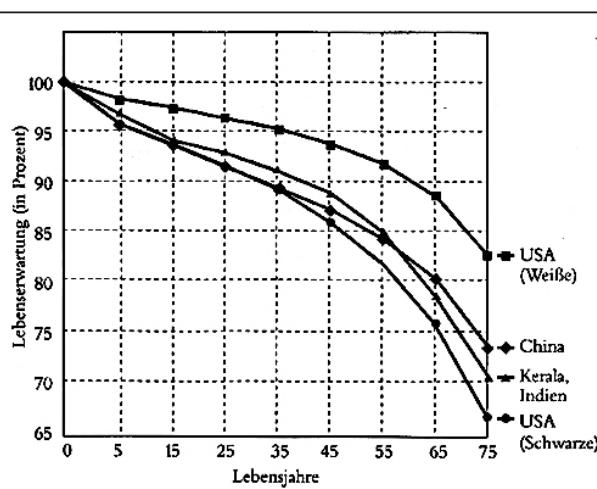


Abb. 1.1: Unterschiede in der Lebenserwartung von Männern nach Ländern

Quellen: Vereinigte Staaten 1991–1993: U.S. Department of Health and Human Services, *Health United States 1995* (Hyattsville, Md.: National Center for Health Statistics, 1996); Kerala 1991: Government of India, *Sample Registration System: Fertility and Mortality Indicators 1991* (New Delhi: Office of Registrar General 1991); China 1992: World Health Organization, *World Health Statistics Annual 1994* (Genf: World Health Organization, 1994).

dessen Theorie der Gerechtigkeit in vielen Punkten. Streit sieht er mit ihm nur da, wo es um die Entscheidung zwischen Freiheit und Einkommen gehe. Da legt er größeren Wert auf Freiheit als Rawls, meint er.

Die Titel der weiteren Kapitel machen deutlich, mit welchen Fragen sich Sen noch befasst: „Armut als Mangel an Verwirklichungschancen“, „Märkte, Staat und soziale Chancen“, „Die Bedeutung der Demokratie“, „Hungersnöte und andere Krisen“, „Selbstbestim-

mung der Frauen und sozialer Wandel“, „Kultur und Menschenrechte“, „Sozialwahl und individuelles Verhalten“ usw.

Öffentliche Güter, Menschenwürde und wirtschaftliche Entwicklung

Die hier abgedruckten Grafiken machen deutlich, was ihn dabei umtreibt: Wie ist es zu erklären, dass z.B. die Lebenserwartung von Schwarzen in den USA schlechter ist als die von (in Kaufkraft oder Geld gemessen) weit ärmerer Menschen im indischen Bundesstaat Kerala oder in China? Welche Prozesse liegen zugrunde, wenn Menschen in Kerala ein niedrigeres Einkommen als in afrikanischen Ländern haben, aber zugleich eine höhere Lebenserwartung? Sens Vermutung: Die in Geld nicht messbare Qualität des Bildungs- und Gesundheitswesens spielt dafür eine enorme Rolle. In den USA sind noch heute 40 Millionen Menschen ohne Gesundheitsversicherung. Sen vermutet, dass dies neben direkter Gewalt, Kriminalität und schlechter Bildung der Hauptgrund für ihre geringe Lebenserwartung sei.

Ähnlich beim Vergleich China / Indien. Dass China heute wirtschaftlich, gemessen am BSP pro Kopf, mehr als doppelt so reich wie Indien ist und auch die Lebenserwartung in China höher ist, liegt nach seiner Vermutung an den Bodenreformen zu Maos Zeiten sowie an dem seit damals bestehenden breiten öffentlichen Bildungs- und Gesundheitssystem. In gewisser Weise habe Mao, so spottet er, vermutlich unabsichtlich die Grundlagen für den heutigen Boom der Marktwirtschaft in China gelegt. Indien habe dagegen habe in vielen Bundesstaaten lange ein extrem elitäres Bildungssystem gehabt und ein für arme Leute unbezahlbares Gesundheitssystem. Beides habe Millionen Menschen den Zugang zu modernen Jobs versperrt und so die wirtschaftliche Entwicklung massiv behindert. Auch im Vergleich Asien/Lateinamerika legt Sen Wert auf den Hinweis, dass viele asiatische Länder Bodenreformen hinter sich haben, viele Staaten Lateinamerikas dagegen diese noch vor sich haben.



Amartya Sen, Ökonomie für den Menschen, Carl Hanser Verlag 1999, ISBN 3-446-19943-9, 424 Seiten, 23,50 Euro. Auch erhältlich als dtv-Taschenbuch für 12,50 Euro.

29. Juli bis 5. August. Bayern. *International Refugee Human Rights Tour: Flüchtlingslager abschaffen – Ausgrenzung und Isolation beenden- Bleiberecht.* Unter dem Motto Deutschland Lagerland werden wir die bayerische Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, dass überall in Bayern Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen, dazu gezwungen durch Gesetze, Verordnungen und Ausländerbehörden. Diese Tour ist der vorläufige Höhepunkt einer Kampagne, die sich seit 2002 gegen Abschiebelager, Essenspäckte und Lagerzwang für Flüchtlinge eingesetzt hat. Unser Ziel ist es, Flüchtlingen in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Mit unseren Aktivitäten wollen wir die Bevölkerung informieren und die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung mit der von ihnen zu verantwortenden Realität konfrontieren. Wir freuen uns über Kontakt: kontakt@deutschland-lagerland.de

3. bis 6. August. Erfurt. *Linke Sommerschule* mit den Kursen Wirtschaft und Philosophie.

22. August. Berlin. *CDU-Grundsatzkongress, Teil 1*

27. August. Worms. *Landesparteitag Linkspartei.PDS Rheinland-Pfalz.* Neuwahlen Vorstand.

1./2. September, Rostock. *Ostseefriedenskonferenz.*

1. bis 3. September, Berlin. *Zukunfts kongress der Grünen zur programmatischen Neuorientierung.* Thesenpapier dazu: www.gruenerzukunfts kongress.de

9. September, Zabelitz (bei Risa). *Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS.*

10. bis 15. September. Bayern. *Papst Benedikt XVI. zu Besuch in Bayern.*

16. September. Berlin. *Raus auf die Straße – Großdemo gegen Sozialabbau.* Protestiert werden soll gegen die Massenarbeitslosigkeit, die seit Einführung von Hartz IV noch gestiegen sei und Arbeitslose in die Armut zwinge, gegen Aushöhlung von Tarifrechte durch 1-Euro-Jobs, dem Lohndumping der Lockerung bzw. Auflösung des Kündigungsschutzes. Nullrunden bei Renten und das Heraufsetzen des Rentenalters seien ebenfalls ein Abbau des Sozialstaates. Eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung könnten nur noch Reiche erkauft werden. Menschen mit Behinderungen würden aus Kostengründen immer stärker in Heime gedrängt. Gegen diese und weitere Missstände soll mit dem 3. Sternmarsch protestiert und die Regierung zum Umdenken und Umhandeln aufgefordert werden.

30. September. Hannover. *Programm-Konvent: Auf dem Weg zur neuen Linkspartei in Deutschland.* Freizeitheim Ricklingen.

7. Oktober. Berlin. *Linkspartei.PDS: Beratung der Landesvorsitzenden.*

4. November, Hannover. *Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS.*

4. November, Augsburg. *Landesmitgliederversammlung Linkspartei.PDS Bayern.*

27./28. November. Dresden. *CDU-Parteitag, Wahl des Vorstands.*

Hinweis:

Wegen Ferien beim Verlag erscheint die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erst wieder am 24. August.

Vorschau auf Wahlen

| Jahr | Monat | Land | | Termin | Wahlperiode |
|-------------|--------|--------------------|-----------|--------|-------------|
| 2006 | Sept. | Niedersachsen | Kommunal | 10.9. | 5 Jahre |
| | Sept. | Meck.-Pomm. | Landtag | 17.9. | 4 Jahre |
| | Sept. | Berlin | Land/Kom. | 17.9. | 5 Jahre |
| 2007 | Frühj. | Bremen | Landtag | 13.5. | 4 Jahre |
| | Herbst | Bremerhaven | Kommunal | 13.5. | 4 Jahre |
| 2008 | Frühj. | Hamburg | Land/Kom. | | 4 Jahre |
| | Frühj. | Hessen | Landtag | | 5 Jahre |
| | Frühj. | Niedersachsen | Landtag | | 5 Jahre |
| | Frühj. | Bayern | Kommunal | | 6 Jahre |
| | Frühj. | Schleswig-Holstein | Kommunal | | 5 Jahre |
| | Herbst | Bayern | Landtag | | 5 Jahre |
| | Herbst | Brandenburg | Kommunal | | 5 Jahre |

Quellen: www.bundeswahlleiter.de, Landeswahlleiter

Linke Sommerschule 2006 in Erfurt: 3. bis 6. August

Kurs Wirtschaft: Interessenlagen auf den Energiemarkten

In diesem Sommer wollen wir uns mit den Interessenlagen der Anbieter und der Nachfrager auf den Märkten für Energie auseinandersetzen, mit den wirtschaftlichen Verhaltensweisen, die sich auf diesen Märkten entwickeln und mit den politischen Strategien, die in die wirtschaftlichen Vorgänge auf diesem Sektor bestimmt mit eingehen. Zunennen ist hier die politische Absicherung der Lieferung, die Sicherung der Verkehrswege, der spezifischen Besteuerung des Verbrauchs, der Bereitstellung und Bewirtschaftung von Reserve(kapazitäten) im „öffentlichen Interesse“ und aus öffentlichen Mitteln.

Kurs Kulturwissenschaften: Nationalstaat und „Weltgesellschaft“

Ein Grund für die Entscheidung, uns ausführlicher mit dieser Thematik zu befassen, war die linke Kritik am EU-Verfassungsvertrag. Es bestand der Eindruck, dass die berechtigte Kritik an der Militarisierung der EU und den sozialen Verwerfungen durch die Internationalisierung der Märkte und Deregulierung sich nahezu unentwirrbar mit Ängsten vor der und Ressentiments gegen die europäische Unionierung und den damit verbundenen Bedeutungsverlust des Nationalstaats vermischt.

Anmeldung bei

GNN-Verlag Hamburg, Christiane Schneider,
Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21,
eMail: gnn-hhsh@hansenet.de